

## Verhandlungsschrift

über die am **Donnerstag, dem 29. Jänner 2009,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **45. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.06 Uhr

Ende der Sitzung: 17.44 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 44. Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2008 liegt zur Einsichtnahme auf.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 22.01.2009 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates  
DI-Verf-007-2008

Bgm. Dr. Koits: Wir kommen heute zu Beginn der Sitzung zu einem Punkt, der in erster Linie die GRÜNEN betrifft.

Frau Gemeinderätin Theresia Landauer hat ihren Mandatsverzicht bekannt gegeben, und zwar per 1. Jänner dieses Jahres.

Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Frau Andrea Bauer in den Gemeinderat nachberufen, welche die Berufung angenommen hat. Die vorgeordneten Ersatzmitglieder Eva-Maria Hebel, Thomas Peter Stadlbauer, Ute Dehner, Steffen Hinz, Dipl.-Ing. Katrina Evers und Mag. Walter Teubl haben auf eine Nachberufung verzichtet. Das neue Mitglied des Gemeinderates ist daher in der heutigen Sitzung anzugeloben.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie, sehr geehrte Damen und Herren, sich von ihren Plätzen zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor-Stellvertreter darf ich um Verlesung der Gelöbnisformel bitten.

MDStv. SenR. Dr. Spitzer verliest die Gelöbnisformel gemäß § 10 Abs. 4 StW. 1992 idgF.

Frau Andrea Bauer leistet sodann das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke vielmals und ersuche sie alle, wieder Platz zu nehmen.

Frau Kollegin Bauer! Ich darf sie herzlich willkommen heißen und gratuliere ihnen zu ihrer Berufung in den Gemeinderat. Ich hoffe, dass wir eine gute Zusammenarbeit haben werden, wie das auch in der Vergangenheit mit ihrer Vorgängerin der Fall war. Es gibt viel zu tun in unserer Stadt und es gibt vieles, das wir nur gemeinsam erreichen können. Daher bitte ich sie, sich entsprechend einzubringen.

Mitteilungen des Bürgermeisters

a) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion; Wechsel des Fraktionsvorsitzenden-Stellvertreters:

Bgm. Dr. Koits: Die GRÜNEN haben mir Folgendes mitgeteilt. Neue Vorsitzende-Stellvertreterin der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion ist in Zukunft aufgrund der vorliegenden Anzeige dieser Fraktion Frau Gemeinderätin Andrea Bauer. Bisher hatte diese Funktion Herr Gemeinderat Anreitter inne.

Auch zu dieser Funktion, Frau Gemeinderätin Bauer, herzlichste Gratulation. Sie werden ja bei Gelegenheit alle anderen Fraktionsvorsitzenden und –stellvertreter kennen lernen und ich ersuche darum, auch unter den Fraktionsvorsitzenden ein gutes Einvernehmen und einen guten Umgang zu haben.

b) Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Gratisbenützung des öffentlichen Verkehrs für Kinder, Schüler und Lehrlinge:

Bgm. Dr. Koits: Ein Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Gratisbenützung des öffentlichen Verkehrs für Kinder, Schüler und Lehrlinge, wurde in Form einer Resolution an die Bundesregierung vom Gemeinderat im September beschlossen. Dazu habe ich vom Ministerratsdienst des Bundeskanzleramtes ein Antwortschreiben erhalten, in dem das Anliegen abgelehnt wird. Fahrten der Schüler und Lehrlinge werden als Schulweg bzw. Arbeitsweg bereits aus den Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen finanziert. Eine darüber hinausgehende Finanzierung würde der bestehenden Systematik widersprechen und der Leistungsumfang zeitlich und räumlich überhaupt nicht mehr abgrenzbar sein. Die Kosten dafür sind zunächst nicht einmal annähernd abschätzbar und könnten aus den FLAF-Mitteln zweifellos nicht finanziert werden.

c) Dringlichkeitsanträge der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Postamtsschließungen und Personalabbau:

Bgm. Dr. Koits: Zu den beiden Dringlichkeitsanträgen von SPÖ und ÖVP, die im Dezember vom Gemeinderat einstimmig angenommen wurden, hat mir die Österreichische Post AG geantwortet. Unter Hinweis auf die allgemeine Unternehmenssituation wurde ausgeführt, dass die Zusammenlegung von einzelnen Filialen in sehr gut mit Postgeschäftsstellen versorgten Ballungsräumen angestrebt wird. Diese Vorhaben werden derzeit mit den betroffenen Gemeinden gemäß den gesetzlichen Vorgaben diskutiert. Im Falle weiterer Veränderungen wird die Post die Betroffenen gemäß ihrer gesetzlichen Verpflichtung informieren.

Dazu möchte ich sagen, dass wir natürlich dranbleiben. Die Stadt kann sich mit dem, was wir hier als erste Mitteilung bekamen, nicht zufrieden geben. Das ist, glaube ich, selbstverständlich, denn wir haben ja die Interessen der Bevölkerung dieser Stadt zu vertreten.

Aktuelle Stunde sowie Dringlichkeitsanträge:

Bgm. Dr. Koits: Ich darf ihnen sagen, dass zwar keine Anmeldung zur „Aktuellen Stunde“ vorliegt, aber andererseits eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen eingebracht wurde. Vorerst geht es in Bezug auf diese Dringlichkeitsanträge darum, über das Vorhandensein der entsprechenden Formerfordernisse abzustimmen.

Wir behandeln jetzt einmal diese Dringlichkeitsanträge nach dem Zeitpunkt ihres Einlangens.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Entwicklung von Finanzierungsmodellen zur Verdoppelung der Altbau-Sanierungsrate im Wohnungsbereich:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag, stellt fest, dass dieser ordnungsgemäß eingebracht bzw. unterfertigt wurde und dass zur Begründung der Dringlichkeit keine Wortmeldungen vorliegen.

Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Ausbau des Islamischen Internats in Wels (Albrechtstraße):

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag und stellt auch dazu fest, dass der Antrag den Vorschriften entspricht.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Dr. Rabl: Wie aus den Medien ersichtlich war – die Oberösterreichischen Nachrichten haben in dieser Frage eine Vorreiterrolle übernommen – ist das Islamistenheim erstens überfüllt, zweitens sind die Schüler der Willkür der Erzieher ausgesetzt, wie man der Berichterstattung entnehmen kann und drittens steht im Raum, dass hier Fundamentalisten am Werk sind. Deswegen ist sofort eine Maßnahme seitens der Stadt Wels zu ergreifen, denn man kann ja nicht so lange zuwarten, bis der Zuständigkeitsstreit unter den Beamten beigelegt ist, wobei anscheinend zur Zeit der eine nicht weiß, was der andere tut. Wir wollen demnach sofort Ergebnisse haben aufgrund einer Überprüfung und wenn diese Überprüfung ergibt, dass Rechtsvorschriften nicht eingehalten werden, wollen wir eine sofortige Schließung dieses Internats haben.

Aufgrund dieser Situation haben wir gestern noch rechtzeitig zur heutigen Sitzung diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht und wir ersuchen darum, diesen tatsächlich zu behandeln.

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Zurverfügungstellung von Baugründen für Familien zu günstigen Preisen:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag und stellt fest, dass dieser den allgemeinen Formvorschriften entspricht.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Dr. Rabl: Die Dringlichkeit dieses Antrages erklärt sich aus zweierlei Faktoren.

Zum einen wissen wir, dass wir uns in einer Phase der Rezession befinden. Die Wirtschaft braucht Unterstützung und wir wissen, dass diese Unterstützung rasch kommen muss. Deswegen ist auch die Gemeinde Wels dazu angehalten, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen und wir als FPÖ glauben, dass die in diesem Antrag beschriebenen Maßnahmen durchaus sinnvoll sind.

Zum Zweiten wissen wir, dass die Gründe in Wimpassing verplant sind, verplant mit einem Fußballstadion und allenfalls auch einer Basketballhalle. Das heißt, hier ist dringendes Handeln erforderlich, um diese Gründe für eine Bauoffensive im Bereich der Eigenheime im Interesse der Familien zu sichern. Die Gründe in Wimpassing sollten demnach für eine Eigenheimverbauung hergenommen werden und nicht für den Bau eines Stadions.

Aus diesen Gründen heraus glauben wir, dass die Dringlichkeit unseres Antrages sehr wohl gegeben ist.

Vzbgm. Wimmer: Die SPÖ-Fraktion wird der Dringlichkeit dieses Antrages die Zustimmung erteilen, wenngleich wir diese vom Kollegen Rabl jetzt dargestellte Dringlichkeit nicht in dieser Weise erkennen. Wir sehen es allerdings ähnlich wie der Kollege Rabl, wonach Grundstücksreserven für bestimmte Zwecke gut sind, so wie wir darauf bereits in der Vergangenheit Bedacht genommen haben, zum Beispiel in Hinblick auf den genossenschaftlichen Wohnbau oder in Bezug auf Betriebsansiedlungen, genauso vereinzelt in Hinblick auf die Errichtung von Einfamilienhäusern. Das heißt also, dass stadteigene Gründe mit einem kleinen Aufschlag gegenüber dem ursprünglich von der Stadt verlangten Preis weitergegeben wurden – es sind ja auch immer diverse Spesen etc. abzudecken – um so eine rasche Verbauung von Grundstücken zu sichern.

Was die Grundstücke in Wimpassing betrifft – der Kollege Dr. Rabl weiß das natürlich ganz genau, obwohl er jetzt wider besseres Wissen dazu schweigt – ist es so, dass neben dem, was für das Stadion und die Basketballhalle benötigt wird, noch zusätzlich jede Menge an Grundstücken zur Verfügung steht, denn es gibt ja keinen Landwirt in Wels – ich nehme an, dass das über Wels hinaus ebenso der Fall ist – der genau jene Fläche der Stadt veräußert, die exakt den Außenmaßen eines Fußballstadions entspricht. Das bedeutet also – wenn der Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzungen dazu aufgerufen ist, seine Zustimmung zu geben – dass die Stadt Wels von der ganzen Konfiguration her eine größere Fläche zu erwerben haben wird, als wir tatsächlich für den Bau des Stadions benötigen. Und das wiederum bedeutet, dass dieses Mehr an Grundflächen für andere Zwecke zur Verfügung steht.

Im Übrigen meine ich, dass es Sache der Ausschüsse ist, in dieser Frage die Details auszuarbeiten oder festzulegen. Man kann hier nicht einfach etwas beschließen, ohne

die Grundlagen genauer zu kennen. Wir werden uns ansehen müssen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, allenfalls noch zwei oder drei Grundstücke zusätzlich zu erwerben. Solche Überlegungen fallen somit in die Zuständigkeit von Ausschüssen und wir sehen dafür nicht ganz so eine absolute Dringlichkeit gegeben, wie das offenbar seitens der Freiheitlichen der Fall ist. Wir sehen aber in der Sache selbst die Notwendigkeit, initiativ zu werden und ich kann nur sagen, dass dieser Antrag der FPÖ eigentlich nur die langjährigen Bemühungen der SPÖ unterstützt bzw. als richtig unterstreicht.

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Errichtung eines Parkhauses beim Hauptbahnhof Wels:

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 4 beigefügten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis und stellt auch hier die ordnungsgemäße Einbringung fest.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Kroiß: Die Dringlichkeit wird dadurch begründet, dass die Parkraumnot im Bereich des Welser Hauptbahnhofes immer schlimmer wird und sich viele Pendler den Preis in der Tiefgarage unter dem Busbahnhof nicht mehr leisten können. Ich weiß nicht, ob es ihnen bekannt ist, aber jedenfalls kostet eine Tageskarte dort 7 Euro und eine Monatskarte kostet rund 70 Euro. Irgendwelche Ermäßigungen für Bahnfahrer sind nicht vorgesehen. Auf der anderen Seite des Bahnhofs ist aber der Park-and-ride-Parkplatz vollkommen ausgelastet, weshalb Pendler mit ihren Fahrzeugen in die Neustadt hin ausweichen. Damit verbunden weiß aber die Neustädter Bevölkerung selbst schon langsam nicht mehr, wo sie ihre eigenen Autos abstellen soll. Für die Neustädter ist es praktisch kaum möglich, weiter nördlich in Richtung Klinikum auszuweichen, weil dort ja auch kaum ein Parkplatz zu bekommen ist.

Darum fordern wir, jetzt eine Bedarfserhebung durchzuführen, damit wir einmal genauer wissen, wie viel Pendlerparkplätze wir derzeit benötigen und anhand dieser Erhebung sollte ein entsprechendes Parkhaus gebaut werden. Wir sehen dies ebenfalls in Richtung Konjunkturmaßnahme, wobei wir ja gerade jetzt solche Maßnahmen brauchen.

Ich ersuche sie deshalb, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend thermische Sanierung von Wohnungen und Häusern bzw. Entwicklung eines Förderprogramms:

Bgm. Dr. Koits bringt den als Anlage 5 beigefügten Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis und verweist auf dessen ordnungsgemäße Einbringung.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Ing. Matzinger: Die Kollegen von der GRÜNE-Fraktion haben einen nahezu gleichlautenden Antrag eingebracht. Es ist ja so, dass es eigentlich nicht sein kann oder sein darf, dass die Energiehauptstadt Österreichs Dinge nicht tut, die in Wien im Großen und Ganzen funktionieren.

In unserem Antrag, den sie verlesen haben, gibt es außerdem den Hinweis, dass die Wirtschaft gerade jetzt zusätzliche Aufträge braucht. Eigentlich sind wir ja mit der Erhebung schon ziemlich spät dran, aber in der Folge sollte es doch möglich sein, entsprechende Aufträge zu vergeben. Die Wirtschaft braucht Aufträge, aber unabhängig von dieser Notwendigkeit wird durch eine Verringerung des Verbrauchs eine größere Unabhängigkeit von Gas und ähnlichen Brennstoffen, die wir importieren müssen, erreicht. Das macht uns insgesamt unabhängiger und zum Zweiten wird mit solchen Sanierungsmaßnahmen eine Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erzielt, der ja immer wieder als Teil unserer Umweltprobleme angesehen wird. Und dieser Ausstoß kann auch von einzelnen Haushalten beeinflusst werden, nämlich bei Ergreifung entsprechender Maßnahmen.

Somit ersuche ich darum, die Dringlichkeit des Antrages anzuerkennen.

Vzbgm. Wimmer: Nachdem es offenbar üblich wird, die Anträge auch inhaltlich gleich in Zusammenhang mit der Begründung der Dringlichkeit etwas näher zu erläutern, darf ich hier namens der SPÖ ebenfalls eine kurze inhaltliche Erklärung abgeben, wobei sich diese Erklärung auf alle drei Anträge bezieht, die heute vorliegen bzw. die sich mit der thermischen Gebäudesanierung beschäftigen.

Selbstverständlich wird die SPÖ-Fraktion diesen Anträgen die Dringlichkeit zuerkennen, weil wir von der inhaltlichen Notwendigkeit dieser Gebäudesanierungen absolut überzeugt sind. Ich sage jetzt gar nicht, dass die thermische Gebäudesanierung in Wels eine Erfindung der SPÖ-Fraktion darstellt. Vielmehr hat die jetzt im Amt befindliche Bundesregierung als eine der Prämissen zur Konjunkturbelebung das Thema der thermischen Gebäudesanierung in ihr Regierungsprogramm geschrieben und es wurden auch entsprechende Erklärungen hiezu abgegeben.

Ergänzend darf ich noch Folgendes anführen. Wenn man aufmerksam die Zeitungen las – von den Mitgliedern des Gemeinderates nehme ich dies voraussetzend bzw. selbstverständlich an – wird man bestimmt auch das Amtsblatt der Stadt Wels vom 15. Dezember 2008 gelesen haben, wobei etwa zeitgleich Ähnliches in Tages- und Wochenzeitungen stand. Hier hieß es: „Für die nächste Zukunft kündigte Wimmer“ – das bin ich – „einen Schwerpunkt bei der thermischen Gebäudesanierung an. Weiters werde sich die Stadt bemühen, gemeinsam mit dem E-Werk Fotovoltaikanlagen zu forcieren. Auch der Bereich Solarthermie werde verstärkt vorangetrieben.“ Ich habe das natürlich nicht deshalb gesagt, um extra im Amtsblatt oder sonst in einer Zeitung erwähnt zu werden, sondern weil der Bürgermeister schon einen Monat vor dieser Aussage im Amtsblatt einen diesbezüglichen Auftrag der Magistratsverwaltung erteilte und die Gespräche mit der EWW AG aufnahm, um die Solarthermie und die Fotovoltaik in ein Fördermodell gemeinsam mit der Stadt Wels überzuleiten. Das heißt für uns, dass wir selbstverständlich diesen drei Anträgen die Dringlichkeit zuerkennen werden, wenngleich es dieser Anträge gar nicht bedurft hätte, weil eben, wie schon gesagt, die nötigen Aufträge vom Herrn Bürgermeister bereits erteilt wurden.



Und was den Kern der vorliegenden Dringlichkeitsanträge betrifft, nämlich die Ausarbeitung von Fördermodellen für diese thermischen Sanierungsarbeiten, ist festzuhalten, dass diese bereits abgeschlossen sind. Dieses Fördermodell liegt vor und wurde vom Bürgermeister und vom Finanzreferenten – deshalb vom Finanzreferenten, weil es hier doch um sehr viel Geld geht – bereits unterschrieben bzw. genehmigt. Sie wollen diese Angelegenheit aber heute auch im Gemeinderat diskutieren und wir kommen diesem Wunsch sehr gerne nach, weil wir gerade als jene Fraktion, die Vorreiter im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie ist, diese Diskussion nicht zu scheuen brauchen.

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Selbstlob stinkt!

Dem Antrag (Anlage 5) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Erarbeitung eines Förderungsmodells zur Unterstützung der thermischen Gebäudesanierung von Privathäusern:

Bgm. Dr. Koits verliest auch noch den als Anlage 6 beigefügten Dringlichkeitsantrag und stellt hiezu fest, dass dieser ebenfalls den formellen Erfordernissen entspricht.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

GR. Ing. Kreisel: Dieser Antrag ist dringlich, weil für gewöhnlich sehr gut informierte Kreise berichten, dass sich im Jahr 2008 die Anzahl der Landesförderungen im Zuge von thermischen Gebäudesanierungen verdoppelte. In einem von 100 Gebäuden befindet sich ein Betrieb. Für Betriebe sind die Landesmittel sehr begrenzt verfügbar. Ausreichende Mittel im kommenden Budget der Stadt Wels würden den Welsern zeigen, wie in schwierigen Zeiten die so wichtige Sicherung von Arbeitsplätzen funktionieren könnte.

Gerade Altbauten haben ungenügend gedämmte Außenhüllen, alte Fenster und deren Energieverbrauch liegt weit über dem Durchschnitt neuer Wohngebäude. Die Gemeinde Ebensee beispielsweise fördert zusätzlich – neben den von Land und Bund in Aussicht gestellten Darlehen – die thermische Sanierung von Fassaden, von Fenstern und Dächern.

In Zeiten der Wirtschaftskrise bewirkt ein Investitionsschub im Bereich der Gebäudesanierung zusätzliche Aufträge für die regionale Wirtschaft und sorgt für neue Arbeitsplätze in Wels. Da bereits im Energiesparkonzept der Stadt Wels aus dem Jahr 1999 die Erarbeitung von Förderungsmodellen als Schwerpunkt enthalten ist, wäre anzumerken, dass attraktive Förderungsinstrumente den Hausbesitzern, Wohnbauträgern und Betriebsleitungen das Anzapfen gefüllter Förderungstöpfe erleichtern würde. Die Mitarbeiter der Stadt Wels planen bereits in immer intensiver werdenden internen Prozessen die rasche Umsetzung von neuen Förderungsinstrumenten. Das im Energiesparkonzept aus 1999 geforderte Überdenken der bestehenden Führungsrichtlinien erscheint notwendig.

Eine günstige Finanzierung mit Hilfe von Eigenmitteln anstatt von Bankdarlehen wird besonders für die mit dem Sparschwein vertraute „Generation 50 plus“ interessant. Wohnbauträger und Eigentümer von mehrgeschoßigen Wohnbauten werden durch derzeitige Fördersysteme nicht angehalten, in energiesparende und umweltschonende Wohnungsverbesserungen zu investieren. Um die Haushalte vor Preisschwankungen auf dem Gasmarkt und vor Lieferengpässen zu bewahren, ist es notwendig, die Gebäudesanierung voranzutreiben. Eine Sanierungsoffensive spart Gas und Öl, erhöht die Versorgungssicherheit. Die Importabhängigkeit von Energie zu verringern und regionale Arbeitsplätze zu sichern, bringt weit mehr als die Problemlösung durch den Bau der sogenannten Nabucco-Pipeline. Die Mittel für die Gebäudesanierung sparen also den Welsern bares Geld und machen sie zu Gewinnern der Krise.

Ich ersuche somit um Zuerkennung der Dringlichkeit für diesen Antrag.

Vzbgm. Hochhauser: Es handelt sich tatsächlich um einen wichtigen Bereich, über den wir heute zu beraten haben, auch wenn der Kollege Wimmer eine Dringlichkeit in der Form, wie sie hier dargestellt wird, nicht feststellen kann. Es gibt tatsächlich Anlass dafür – es wurde, wie wir schon hörten, die Überarbeitung der Förderungsrichtlinien bereits angegangen – auch im Sinne der Aussage im Energiesparkonzept aus 1999 eine etwas andere oder neuere Form der Förderung in die Wege zu leiten. Wir brauchen uns allerdings in Hinblick auf die Förderung bei Ergreifung von Energiesparmaßnahmen nicht zu schämen. Wir haben bereits, liebe Frau Kollegin, vor zehn Jahren im Westen unserer Stadt mit der Förderung solcher Maßnahmen begonnen. Vier große Häuserblöcke der Welser Heimstättengenossenschaft wurden damals mit Hilfe einer Förderung seitens der Stadt im Ausmaß von immerhin 10 Mio. Schilling thermisch saniert. Damit war letztlich ein Vorteil für die Bewohner dieser Häuser gegeben, aber auch für die örtliche Wirtschaft. Die Mieter dieser Wohnungen konnten sich Betriebskosten in Form der Senkung der Energiekosten ersparen; sie hatten nahezu ein Drittel weniger zu zahlen. Ich denke mir also, dass diese schon vor zehn Jahren beschlossenen Maßnahmen wichtig und richtig waren. Heute wird all das durch diesen Dringlichkeitsantrag unterstützt und insofern hat unsere Fraktion überhaupt kein Problem, diesen Dringlichkeitsanträgen zuzustimmen.

Dem Antrag (Anlage 6) wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt abschließend zu all diesen Dringlichkeitsanträgen fest, dass diese – nachdem in keinem Fall eine andere Vorgangsweise beantragt wurde – am Schluss dieser Gemeinderatssitzung weiterbehandelt werden, nämlich was die Sachanträge selbst betrifft. Dabei soll so vorgegangen werden, dass die drei Anträge betreffend thermische Gebäudesanierung gleichzeitig abgehandelt werden, das heißt, es erfolgt hierüber in einem die Debatte, es wird dann aber einzeln über die drei Anträge abgestimmt. Die anderen drei Anträge, die unterschiedliche Bereiche betreffen, werden jedenfalls völlig separat behandelt.

Zu dieser vorgeschlagenen Vorgangsweise bei Behandlung der Dringlichkeitsanträge hofft der Bürgermeister, dass alle Mitglieder des Gemeinderates einverstanden sind.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in Ausschüsse des Gemeinderates  
DI-Verf-014-2009

Bgm. Dr. Koits: Wir hatten ja zuerst die Angelobung von Frau Andrea Bauer als neues Mitglied des Gemeinderates und es ist so, dass den GRÜNEN auch ein Nominierungsrecht für den Kontrollausschuss zusteht.

Zu diesem Punkt wurde ihnen ein Amtsbericht aufgelegt und ich darf hieraus zitieren, dass künftig Frau Gemeinderätin Bauer Mitglied und Herr Gemeinderat Mag. Springer Ersatzmitglied im Kontrollausschuss sein soll.

Abgestimmt wird in diesem Fall nur durch die Mitglieder der Fraktion der GRÜNEN.

Der Wahlvorschlag der GRÜNEN (siehe Anlage 7) wird durch Erheben der Hand in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer gratuliert Frau Gemeinderätin Bauer zu dieser Wahl und ersucht sie, im Kontrollausschuss entsprechend mitzuarbeiten.

2.)

Feuerwehroldtimer Verein der FF Wels;  
Gewährung eines Investitionszuschusses  
DI-Präs-2234-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Präsidialausschuss am 19.01.2009:

1. Die Stadt Wels gewährt dem 1. Feuerwehroldtimer Verein der FF Wels für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen der Vereinsunterkunft bzw. der Ausstellungshalle des Oldtimer museums einen Investitionszuschuss bis zu einem Höchstbetrag von € 94.079,--. Noch nicht im Finanzierungsplan vom 14. Dezember 2008 enthaltene bzw. von dritter Seite (Land OÖ., Landes-Feuerwehrverband etc.) für diese Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen erhaltene Förderungsmittel sind auf den von der Stadt Wels zu leistenden Betrag anzurechnen. Zusagen bzw. Ablehnungen von Förderungen Dritter sind der Stadt Wels umgehend bekannt zu geben.
2. Die widmungsgemäße Verwendung des Investitionszuschusses ist durch Vorlage von Originalrechnungen bzw. durch Vorlage einer Endabrechnung der Fremdleistungen bei der Stadt Wels nachzuweisen.

3. Die Auszahlung erfolgt in Raten, und zwar die erste Rate in Höhe von 50 % des Höchstbetrages unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat und der restliche Betrag entsprechend dem Baufortschritt, wobei Förderungen Dritter in Abzug zu bringen sind.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte die Worte des Bürgermeisters im Rahmen seiner Bericht-erstattung unterstreichen, wonach es sich hier um eine außerordentlich wichtige und unterstützenswerte Sache handelt. Und bei dieser Gelegenheit darf ich auch die bei uns anwesenden Mitglieder des Oldtimer Vereins recht herzlich begrüßen, an der Spitze Herrn Erwin Gattringer.

StR. Dr. Wieser: Wir hatten hier im Gemeinderat eine Debatte über die Produktionschule, die ja irgendwo die Basis für diesen Antrag darstellt. Aus den verschiedensten Gründen, die wir damals darlegten, konnten wir dem Antrag auf Gründung einer Produktionsschule in Wels bzw. diese Gründung finanziell zu unterstützen nicht Folge leisten.

Dass damit aber eine schönere Unterkunft für den Feuerwehroldtimer Verein mit seinen Fahrzeugen verbunden ist, das stellt eine erfreuliche Angelegenheit dar. Der Verein selbst besteht jetzt schon über 13 Jahre lang und ist hervorragend geführt. Es ist wirklich eine Freude zu sehen, was dieser Verein aus den alten Feuerwehrmodellen macht. Mit viel Arbeit und Aufwand werden diese restauriert, wieder flott gemacht und bei vielen Veranstaltungen stellen sie immer wieder eine Zierde dar, denn es ist doch eine Freude, diese alten Modelle besichtigen oder auch fahren zu können.

Es ist gut, wenn jetzt dieser Verein, der schon in den letzten Jahren solch eine gute Arbeit leistete, eine feste Bleibe bekommt. Das gibt wahrscheinlich den Mitgliedern des Vereins, die ja sehr tüchtig sind, einen weiteren Auftrieb, sich möglicherweise um andere Modelle umzuschauen, die einer Restaurierung bedürften. Ich meine also, dass die Sicherheit, in dieser Halle mit 560 m<sup>2</sup> eine dauerhafte Bleibe zu haben, die Vereinsmitglieder neu anspornen wird und so soll selbstverständlich dieser einmalige Zuschuss vom Gemeinderat gewährt werden. Es handelt sich hier um eine gute Sache und wir werden dieser mit Freude zustimmen.

GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Es gibt ganz wenige Reden des Herrn Dr. Wieser, denen ich zustimmen kann. Das war eine solche Rede.

Zwischenruf GR. Dr. Rabl: Vielleicht haben sie sie zumeist nicht verstanden!

GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Der 1. Feuerwehroldtimer Verein der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels prägt so wie viele andere Vereine das kulturelle und historische Stadtbild von Wels; das ist eindeutig so. Sehr viele von uns, auch ich, sind unterstützendes Mitglied bei diesem Verein und wir schätzen die vorbildliche Arbeit, die bei diesem Verein erbracht wird, ebenso die vielen Eigenleistungen der Vereinsmitglieder. Die Betreuung, Wartung und Präsentation der Feuerwehr-Kraftfahrzeuge und der Anhänger zu den Kraftfahrzeugen erfordert sehr viel persönlichen Einsatz der Vereinsmitglieder. Mit diesem Investitionszuschuss ist eine wirklich ordentliche und zweckentsprechende Unterkunft für die Fahrzeuge gewährleistet und damit wird meiner Meinung nach auch die Arbeit dieses Vereins bzw. der dortigen Funktionäre entsprechend gewürdigt. Ohne den persönlichen Einsatz der Vereinsmitglieder, die wirklich

viele freiwillige Stunden zur Verfügung stellen – deren Familien müssen dafür ebenfalls Verständnis aufbringen – wäre die Erhaltung dieser Oldtimer kaum möglich. Ich bin der Meinung, dass derartige historische Kulturgüter auf jeden Fall erhalten gehören und ich bedanke mich bei all jenen, die das nun ermöglichen.

Bgm. Dr. Koits: Ich schließe mich natürlich den Dankesworten der Vorredner an. Der Verein leistet wirklich eine bravouröse Arbeit. Ich danke dafür und sage für die Zukunft herzlichen Glückwunsch.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 81) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 57)  
BZ-BauR-3503-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 8 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (81. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (57. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 91) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 65)  
BZ-BauR-3518-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 9 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (91. Änderung des Flächen-

widmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (65. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 92)  
BZ-BauR-3516-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 10 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (92. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 99) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 71)  
BZ-BauR-3520-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 11 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (99. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (71. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 100) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 72)  
BZ-BauR-3525-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 12 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (100. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (72. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 103/1.29 (Stadtteil: Wels)  
BZ-BauR-3720-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 13 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.29 (Stadtteil: Wels) beschließen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 209/1.9 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-3716-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 209/1.9 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 223/A.1.2 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-3708-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 223/A.1.2 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 303/1.4 (Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-3704-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 303/1.4 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 411/2.4 (Stadtteil: Neustadt)  
BZ-BauR-3705-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009, der Gemeinderat möge die als Anlage 17 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 411/2.4 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Beleuchtungsprogramm 2009 – Grundsatzbeschluss und Auftragsvergabe;  
Neuinstallation der Beleuchtung „Ringstraße Ost“ – Grundsatzbeschluss und  
Auftragsvergabe sowie  
Kostenbeitrag für die Instandhaltung von Sonderanlagen (Mitverkabelung,  
Austausch von Holzmasten)  
BauD-BauH-21-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 12.01.2009:

1. Das als Anlage 18 beigefügte Beleuchtungsprogramm 2009 und der Ankauf von solaren Straßenleuchten werden grundsätzlich genehmigt.
2. Die Neuinstallation der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogrammes 2009 wird zu den Preisen der Angebote vom 18.11.2008 mit einer Nettokostensumme von € 154.402,28 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 30.880,46, somit insgesamt € 185.282,74 an die Elektrizitätswerk Wels AG, Stelzhamerstraße 27, Wels, vergeben.
3. Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Brutto-Gesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.
4. Die Errichtung der Beleuchtung in der „Ringstraße Ost“ mit einer vorgesehenen Bruttokostensumme von € 100.000,- wird grundsätzlich genehmigt.



5. Die Neuinstallation der Straßenbeleuchtung in der „Ringstraße Ost“ wird zu den Preisen des Angebotes vom 20.11.2008 mit einer Nettokostensumme von € 57.771,32 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 11.554,26, somit insgesamt € 69.325,58 an die Elektrizitätswerk Wels AG, Stelzhamerstraße 27, Wels, vergeben.
6. Für die Instandhaltung von Sonderanlagen werden für das Jahr 2009 Geldmittel von € 300.000,- zur Zahlung an die Elektrizitätswerk Wels AG, Stelzhamerstraße 27, Wels, genehmigt.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für den Vortrag und darf es als besonders positiv hervorheben, dass nun im Bereich der Kleingartenanlage Noitzmühle erstmals einige Solarleuchten aufgestellt werden. Ich glaube, das ist ein gutes Beispiel für unsere Bemühungen, Energie einzusparen und wir werden ja sehen, wie sich dieser Versuch bewährt. Wenn es damit funktioniert, könnten wir dieses System ja auch etwas großzügiger handhaben.

StR. Dr. Wieser: Ein stets wiederkehrender Tagesordnungspunkt am Beginn eines Jahres ist in der Beschlussfassung des Beleuchtungsprogramms zu sehen. Dieses liegt in einem sehr großen Umfang vor und man sieht, dass sich die Stadt Wels auch in diesem Bereich einiges leisten kann.

Insgesamt meine ich, dass wir nicht nur daran denken sollten, wie wir unsere Leuchten auf den neuesten technischen Stand bringen können, sondern – da sind wir alle gefordert – wir sollten meines Erachtens auch ein bisschen mehr auf die Art dieser Leuchten achten, nämlich in Zusammenhang mit ihrem Standort. Es ist ja nicht ganz unwichtig, wo neue Leuchten angebracht oder aufgestellt werden. Gerade im vergangenen Jahr mussten wir erleben, dass doch ein ziemlich großer Teil der Bevölkerung nicht mit dem einverstanden war, was am Stadtplatz an neuen Beleuchtungskörpern aufgestellt wurde. Wir hatten hier am Stadtplatz über 25 Jahre lang durchaus gefällige und historisch angepasste Kandelaber und es waren diese, wie auch auf sehr vielen Fotografien bzw. diversen Druckwerken ersichtlich ist, sehr gut in das Bild des Welser Stadtplatzes integriert, in den Stadtplatz mit seiner historischen Fassadenstruktur. Was dann aber im Herbst vorigen Jahres aufgestellt wurde, hat sehr vielen missfallen. Ich verstehe dies insbesondere deshalb, weil es auch meine Meinung ist, dass wir ganz einfach mehr auf das historische Ambiente Rücksicht nehmen sollten. Das hat nichts mit einer Sentimentalität in Bezug auf die alten Häuser zu tun, sondern ganz einfach damit, dass diese alten Häuser unsere Stadt prägen bzw. ist ja genau dieser ältere Innenstadtteil der Anziehungspunkt für Leute, die in unsere Stadt kommen. Wenn Touristen unsere Stadt besuchen, ist es wichtig, dass dieses historische Ambiente anziehend auf Auswärtige wirkt, so wie das ja europa- oder weltweit in vielen Städten der Fall ist. Man fühlt sich eben zumeist sehr wohl in solch älteren Stadtteilen oder Stadtkernen.

Erst vor wenigen Monaten hat in der Minoriten ein ganztägiges Seminar stattgefunden und es war ein Experte für Stadtentwicklung bei uns. Dieser kam in seinem Succus zur Feststellung, dass Wels ganz liebenswürdige Plätze, Gasserl und Ansichten hat und genau das den Reiz einer Stadt ausmache. Diese Punkte sollten natürlich in einem älteren Stadtkern besonders gepflegt werden. Leider sind wir aber am Stadtplatz mit den neuen Lampen genau ins Gegenteil geraten.

Nun ist im neuen Programm die Neuinstallation der Beleuchtung im Bereich der „Ringstraße Ost“ vorgesehen, wobei erst vor ein paar Jahren der Bereich „Ringstraße West“ erneuert wurde. In der Ringstraße, wo sehr viele Häuser aus der Gründerzeit stammen – ich glaube, die meisten Häuser wurden so um 1880 errichtet – hat man Kandelaber hingestellt, die in keiner Weise dem Gesamteindruck dieser Straße entsprechen. Diese Spreißel oder nach oben verkehrten Besen – so stellen sich die Lampen dar – sind eigentlich angesichts der umgebenden Architektur als Willkür anzusehen. So etwas stellt man vor Häusern mit wunderschöner historischer Fassade auf, und man denkt sich offenbar nichts dabei!?

Ich sage das heute ganz bewusst, weil ich meine, dass mit der Beschlussfassung dieses Programms gewissermaßen ein Auftrag in Richtung Zukunft verbunden sein soll. Es sollten nicht Fehler der Vergangenheit – vielleicht haben wir alle zusammen darauf zu wenig geachtet – neuerlich begangen werden. Wir müssen meines Erachtens darauf achten, das alte Wels, wo wir Einfluss nehmen können, zu erhalten. Gewisse Dinge wie Auslagengestaltungen können wir sowieso nicht beeinflussen bzw. sind wir diesbezüglich auf die Privaten angewiesen, aber dort, wo wir verantwortlich sind – das hat auch mit Geschmacksfragen zu tun – sollten wir, glaube ich, einen Weg einschlagen, der ein bisschen eine Umkehr darstellt. Und ich schlage deshalb in Zusammenhang mit der Neugestaltung der „Ringstraße Ost“ vor, näher zu prüfen, was denn dort historisch wirklich hinpasst. Frau Hüttmayr, sie haben zuvor erwähnt, dass sie das Alte gerne pflegen wollen und hier sollten wir ebenfalls schauen, was denn wirklich dazupasst. Ich habe mich sogar wegen der bestehenden Lampen erkundigt. Diese sind grundsätzlich sehr teuer, aber unter einem gewissen Aufwand könnte man sie doch abmontieren und woanders hingeben. Man wird ja beispielsweise in einem neuen Stadtteil nicht mit historisch wirkenden Kandelabern arbeiten und so würde das Moderne, das wir derzeit im westlichen Teil der Ringstraße haben, zu den neuen Fassaden oder Häuserformen dazupassen.

Noch etwa ist mit in Zusammenhang mit diesem Programm aufgefallen. Es sind hier namhafte Beträge für die Erhaltung, Instandsetzung und auch Reinigung von Beleuchtungskörpern vorgesehen, aber so ganz dürfte es damit doch nicht stimmen. Gehen sie doch einmal etwas aufmerksamer durch die Stadt und sehen sie sich die Lampen etwas genauer an. Gehen sie entlang des Zwingers, gehen sie durch die Fischergasse oder durch die Hofergasse; sie können sich gar nicht vorstellen, was sie da vorfinden. Wenn hier jemand davon spricht oder wenn hier geschrieben steht, dass Geld für die Reinigung ausgegeben wird, dann scheint in der Praxis etwas nicht zu funktionieren. Ich habe mich diesbezüglich etwas erkundigt, wobei dafür aber niemand zuständig erscheint, weder jemand vom Magistrat noch jemand vom E-Werk, das ja die kaputten Lampen austauscht. Da haben wir also im Hofergasserl ein wunderschönes altes Haus mit einer traumhaften Arkade und mit wunderbaren Konzerten jedes Jahr in diesem Arkadenhof – ich weiß nicht, aber es werden wohl so 15 bis 20 Konzerte jährlich sein – aber wenn sie dort einmal durchgehen, dann schauen sie sich bitte die Laternen an, die dort hängen. Das ist direkt eine Gemeinheit. Diese Laternen sind wahrscheinlich schon 20 Jahre hindurch nicht mehr gereinigt worden. Sie sind außen und innen regelrecht verdreckt, mit Spinnweben versehen. Wie das aussieht! Herr Bürgermeister! Zu diesen Konzerten kommen auch viele Leute von auswärts und wenn die durch dieses Gasserl durchgehen und die Lampen sehen, können sie sich nur denken: Das ist wohl eine arme Stadt, denn sie kann es sich nicht einmal leisten, diese Lampen putzen zu lassen.

Und gehen sie einmal durch die Fischergasse. Dort gibt es ebenfalls Lampen, die verbogen oder verdreht sind.

Wenn schon im Beleuchtungsprogramm Geld für die Reinigung der Lampen vorgesehen ist, dann sollte dieses Programm tatsächlich umgesetzt werden, das heißt, die Zuständigen sollten dieses Geld wirklich für die Reinigung der Lampen ausgeben.

Was die Geschmacksfragen betrifft, über die wir ja im Stadtsenat diskutiert haben, hätte ich noch eine Anregung oder Idee. Vielleicht könnten wir neben dem sehr hochgradig besetzten Gestaltungsbeirat – hier sind ja Architekten von auswärts tätig – auch einen kleinen Bürgerbeirat einrichten, der aus Menschen bestehen sollte, die in dieser Stadt aufgewachsen sind, die vielleicht über eine gewisse Bildung in baulichen bzw. architektonischen Fragen verfügen und die wir mitentscheiden oder mitberaten lassen könnten, wenn es um solche Dinge wie die Neuinstallation von Beleuchtungskörpern geht. Ich glaube jedenfalls, dass es für die Zukunft wichtig ist, das historische Stadtbild zu pflegen.

Noch ein Beispiel darf ich erwähnen. Gehen sie durch die Schmidtgasse und sie werden dort auf einem der schönsten gotischen Häuser mit einer traumhaften Fassade einen Kandelaber à la Ringstraße hängen sehen. Dieser Kandelaber ist halt einfach irgendwie angeschraubt und es stehen die Schrauben heraus. Das Ganze sieht aus wie die Faust aufs Auge. So kann man es einfach nicht machen und es gehört diese Sache repariert.

Bitte nehmen sie diese Dinge etwas ernster. Tragen wir gemeinsam zur Verbesserung des Stadtbildes bei, indem wir uns gewisse Dinge viel genauer anschauen als das offenbar zumeist der Fall ist. Wir tragen damit zur Verbesserung diverser Dinge bei, die sozusagen die Visitenkarte der Stadt abgeben, welche für die Zukunft wahrscheinlich noch wichtiger als bisher sein wird.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für ihre Ausführungen, Herr Dr. Wieser, muss ihnen aber schon noch etwas sagen. Wenn sie schon irgendwelche Missstände oder dergleichen feststellen, wäre es mir lieber, würden sie sofort handeln, zum Magistrat kommen und sagen: Herr Bürgermeister, Herr Baureferent, hier habe ich verschmutzte Lampen festgestellt oder an bestimmter Stelle ist eine Lampe ausgefallen, die gewechselt werden müsste. Solch eine Vorgangsweise wäre mir zehnmal lieber als ihre Hinweise im Gemeinderat, denn da könnte man unverzüglich etwas tun und damit einen Beitrag für die Erhaltung eines schönen Stadtbildes leisten. Ansonsten danke ich aber nochmals für ihre Wortmeldung.

Vzbgm. Hochhauser: Zum wiederholten Male wurde von Herrn Dr. Wieser die neue Stadtplatzbeleuchtung kritisiert, die allerdings meiner Ansicht nach sehr gut gelungen ist. Und der Kollege Wieser weiß in diesem Zusammenhang ganz genau, dass der Beschaffungsvorgang so wie üblich ablief. Das bedeutet, dass nach langer Beratung durch die Fachleute ein bestimmtes Modell ausgewählt wurde. Auch der eben erwähnte Gestaltungsbeirat wurde eingeschaltet. Im Bauausschuss wurde hierüber sehr lange diskutiert, das heißt, es waren alle Fraktionen genau über das Aussehen dieser neuen Beleuchtungskörper informiert und es hätte eigentlich nach deren Aufstellung keine Überraschungen geben dürfen.

Nach erfolgter Aufstellung der neuen Beleuchtungskörper wurde von sehr engagierten Welser Bürgern zusätzlich das Bundesdenkmalamt befasst, dem man ja nicht gerade unterstellen kann, mit allen Neuerungen eine Riesenfreude zu haben – dieses ist ja schon von Gesetzes wegen dazu verpflichtet, zum Erhalt alter Substanzen beizutragen – und es teilte uns dieses schriftlich mit, dass es bezüglich des vorgenommenen Austausches der Beleuchtungskörper keinen Einwand gibt. Ich meine, dem Bundesdenkmalamt wird man in dieser Frage keine Parteilichkeit unterstellen können. Und so verstehe ich diese vielleicht etwas überspitzt zu Tage gebrachte Aufregung des Kollegen Wieser eigentlich nicht.

Zur Kritik in Hinblick auf den Austausch kaputter Lampen und die Pflege der Beleuchtungskörper würde ich meinen, dass es hier 36 Gemeinderäte gibt und dass davon 35 offenbar sehr genau wissen, wo in dieser Frage der Weg hinführt. Der Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen, wie es auf politischer Ebene aussieht, aber es wissen wohl alle anderen Mandatäre genau, dass es als zuständigen Abteilungsleiter den Herrn Dipl.-Ing. Wimmer gibt. Gibt es Beschwerden etc. in dieser Richtung, so wird entsprechend dem Vorhandensein der finanziellen Mittel selbstverständlich Abhilfe geschaffen. Ich würde sie wirklich darum ersuchen, diesen Weg zu nützen und nicht erst wieder jene Gemeinderatssitzung abzuwarten, in der ein weiteres Beleuchtungsprogramm beschlossen wird, also voraussichtlich die Sitzung im Jänner 2010. Die Möglichkeit, entsprechend Abhilfe zu schaffen, besteht eigentlich jeden Tag.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Roland Strassl

14.)

Straßenbauprogramm 2009;  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauS-21-2009

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 13.01.2009:

Das als Anlage 19 beigefügte Straßenbauprogramm 2009 wird grundsätzlich genehmigt.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

GR. Kroiß: Wir werden diesem Straßenbauprogramm zustimmen, weil auch wir wissen, dass die Stadt sehr viel unternimmt, damit es sicherer wird und die Verkehrsabläufe flüssiger werden oder bleiben.

Und der Kollege Strassl hat schon darauf verwiesen, dass die Unfallstatistik in unserer Stadt gar nicht so schlecht aussieht. Sie ist ähnlich der Statistik aus dem Jahr 2007. Bedauerlicherweise – das muss man leider sagen – stieg die Anzahl der Verkehrstoten von 1 im Jahr 2007 auf 3 im Jahr 2008. Das ist sozusagen der einzige Wermutstropfen gegenüber dem Jahr 2007.

Ich möchte hier betonen, dass mit Straßenbaumaßnahmen allein nur sehr wenig Verkehrsunfälle verhindert werden können. Dafür ist eigentlich eine Fülle von Maßnahmen erforderlich, etwa die Schulwegsicherung, die Verkehrsüberwachung durch die Polizei und ganz wichtig ist in meinen Augen die Verkehrserziehung, wobei schon die Kleinen auf die Gefahren des Straßenverkehrs hingewiesen werden. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Beteiligten recht herzlich bedanken, und hier gilt mein spezieller Dank den Freiwilligen. Es ist ja heute nicht mehr selbstverständlich, dass sich jemand in den Dienst der guten Sache stellt und bei jedem Wetter rausgeht, um die Schulwegsicherung durchzuführen.

Interessant ist aber bei der Unfallstatistik, dass es immer wieder Kreuzungen gibt, die aus der Statistik hervorstechen. Einer dieser Punkte ist im Kreisverkehr beim Messehaupteingang zu sehen. Da hatten wir im Jahr 2008 sehr viele Unfälle. Gott sei Dank waren es nur Unfälle mit Sachschäden, aber wie aus den Erhebungen hervorgeht, gibt es dort immer nur eine bestimmte Unfallursache. Es passieren praktisch alle Unfälle beim Verlassen des inneren Kreisverkehrs, also beim Hineinschneiden in die Volksgartenstraße. Heute hatten wir zusammen mit den Mitgliedern des Verkehrsausschusses und einem Sachverständigen des Landes einen Lokalaugenschein, um Verbesserungsvorschläge einzubringen oder zu erarbeiten, damit eben die Unfallzahlen an dieser Stelle sinken.

Was uns in Zusammenhang mit dem Straßenbauprogramm für das Jahr 2009 eine ganz große Sorge macht, das ist die Öffnung der Roseggerstraße. Sie werden sich erinnern, dass im Verkehrs-Innenstadtkonzept die Öffnung der Roseggerstraße vorgesehen war und diese soll nun eben durchgeführt werden.

Die Kolpingstraße und die Roseggerstraße sind irgendwie vergleichbar, nur halt eben verkehrt. In der Kolpingstraße wurde eine gegenläufige Fahrbahn zur Einbahn erklärt und in der Roseggerstraße soll eine Einbahn geöffnet werden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen ja, wie jetzt der Verkehr in der Kolpingstraße wieder fließt und ich glaube, es wird auch einmal in der Roseggerstraße so sein, dass ein Rückbau erfolgen muss. In der Roseggerstraße wird eine Einbahn mit zwei Fahrstreifen auf einen Fahrstreifen zusammengedrückt, um eben die Gegenläufigkeit zu ermöglichen, aber wer die dortige Situation kennt – das wird wohl jeder hier Anwesende sein – weiß, dass dann, wenn ein etwas stärkeres Verkehrsaufkommen vorherrscht, beide Fahrstreifen in Richtung Norden benötigt werden.

Abgesehen davon – das haben wir ebenso bereits des öfteren vorgebracht – wird mit dieser Gegenläufigkeit eine neue Direktverbindung von der Neustadt in Richtung Thalheim aufgemacht. Und dieses zusätzliche Verkehrsaufkommen werden die Bewohner der Roseggerstraße abbekommen. Mehr Staus, mehr Abgase, mehr Verkehrslärm, all

das wartet auf die Bewohner der Roseggerstraße. Vielleicht zeigt aber der Herr Verkehrsstadtrat doch noch ein Einsehen, besinnt sich eines Besseren und belässt die Roseggerstraße so wie sie ist. Ein Rückbau wird dort jedenfalls nicht so leicht vonstatten gehen wie in der Kolpingstraße.

Abschließend möchte ich, obwohl es nicht zum Straßenbauprogramm selbst gehört, noch Folgendes sagen. Die Gebührenzone in der Volksgartenstraße besteht noch immer, obwohl wir schon im März 2008 einen Antrag auf Aufhebung dieser Gebührenzone einbrachten. Die Parkplätze stehen dort wegen der Gebühren leer, Parkplätze, welche die Innenstadt benötigen würde. Im März 2008 wurde unser Antrag von der SPÖ und der ÖVP an einen Ausschuss zur weiteren Beratung verwiesen und dort wird er anscheinend weiter schubladiert.

GR. Weidinger. Wie sie dem Amtsbericht entnehmen können, wird die Roseggerstraße für den Gegenverkehr geöffnet und in einer guten Lösung die Lücke zwischen Nord und Süd geschlossen. Ebenso wird die Mariensäule-Kreuzung umgebaut bzw. wird der östliche Teil der Ringstraße auch noch hergerichtet, sodass dann die ganze Ringstraße in einem neuen Erscheinungsbild glänzt.

Was vor drei Jahren mit einer Vision oder Idee der ÖVP-Fraktion begann, wird jetzt im Sommer 2009 abgeschlossen, nämlich das, was im Innenstadt-Verkehrskonzept steht. Die Umsetzung dieses Verkehrskonzeptes stellt meines Erachtens eine der größten Maßnahmen dar, die wir zur Entflechtung des ständig steigenden Verkehrsaufkommens in Wels gesetzt haben. Ziel des Konzeptes – da waren wir uns wohl einig – ist die Wegeverkürzung bzw. die Öffnung der Einbahnen, um so zur Verminderung der Schadstoffbelastung beizutragen.

Lieber Kollege Kroiß! Du hast es schon angesprochen und ich muss sagen, dass du im Verkehrsausschuss gegen viele der vorgeschlagenen Maßnahmen gewesen bist. Ich weiß gar nicht mehr, ob ihr von der FPÖ diesem Konzept überhaupt zugestimmt habt. Vieles ist nicht eingetreten. Ich kann mich beispielsweise noch genau daran erinnern, wie du im Verkehrsausschuss sagtest, die Dr.-Groß-Straße werde zusammenbrechen, aber ganz im Gegenteil ist das nicht eingetroffen, denn dort funktioniert der Verkehr tadellos. Genauso hieß es, dass die Volksgartenstraße und die Pollheimerstraße nicht aufgemacht werden könnten, aber jetzt sehen wir, dass durch die getroffenen Maßnahmen zur Zeit am Stadtplatz viel weniger Verkehr gegeben ist, was ja auch gut ist. Die Horrorszenarien, die du hier immer skizzierst, sind völlig fehl am Platz, denn sie treffen mit Sicherheit nicht zu.

Ich möchte mich bei all jenen bedanken, die im Verkehrsausschuss hart, aber fair diskutierten. Es hat sogar einige Diskussionsveranstaltungen in Zusammenhang mit dem Innenstadtkonzept gegeben – wir mussten manchmal auch Anrainer überzeugen – aber letztendlich stellte sich heraus, dass das Konzept sehr gut war. Ich möchte mich dafür beim Verkehrsplaner bedanken und ebenso bei den Mitarbeitern des Magistrates, welche die Baustellen betreuten bzw. dort arbeiteten und die dafür sorgten, dass nicht bloß eine termingerechte Fertigstellung erfolgte, sondern auch eine ohne größere Behinderungen. Es ist das ein Verkehrskonzept von Welsern für Wels und die Statistik beweist – diese hast du, lieber Kollege Kroiß, genauso wie der Verkehrsreferent – dass die Unfallzahlen auf den entsprechend dem Konzept umgebauten Straßen sehr rückläufig sind bzw. haben wir dort fast keine Unfälle zu verzeichnen. Das ist für uns ein Zeichen dafür, dass dieses Konzept sehr gut ist und mittlerweile wissen wir, dass die in

Wels unterwegs befindlichen Autofahrer dieses Konzept ebenfalls akzeptieren. Auch manche Medien mussten erst einmal von diesem Konzept überzeugt werden, jetzt sind aber alle damit zufrieden und auch darauf können wir ein bisschen stolz sein.

GR. Mag. Humer: Meine Vorredner haben schon sehr viel gesagt und ich will auch gar nicht so sehr auf diese technischen Details eingehen. Der Kollege Gerhard Kroiß ist ja immer der große Verkehrstechniker, während ich als Jurist die Sache so gewöhnt bin, dass ich mich immer an die Techniker wende, wenn es dort oder da um technische Probleme geht und ich glaube, dass wir im Verkehrsausschuss zu sehr guten Lösungen gekommen sind.

Heute beschließen wir sozusagen ein Grundsatzprogramm für das Jahr 2009, das heißt, unsere Arbeit besteht zunächst einmal im Handaufheben. Wem dann aber meines Erachtens der Dank und die Anerkennung gilt, das sind die vielen fleißigen Mitarbeiter aus der Straßenmeisterei. Wir erleben es ja eigentlich täglich – ich selbst bin sehr viel unterwegs – dass diese Baustellen auch mit sehr viel Fingerspitzengefühl abgewickelt werden. Diese Abwicklungen sind oft gar nicht so einfach. Wir hatten beispielsweise letztes Jahr bei uns in der Vogelweide im Bereich Eiselsbergstraße eine große, lange Zeit bestehende Baustelle und ich habe damals mit vielen Menschen gesprochen. Was unsere Mitarbeiter des Magistrats machen, das verdient wirklich Respekt und Anerkennung.

In diesem Sinn denke ich mir, dass wir in Wels auf sehr gutem Weg sind. Wir werden sicher auch heuer das Programm konsequent und in guter Weise umsetzen. Es ist darin wieder sehr viel verpackt.

Und der Referent hat bereits darauf hingewiesen, dass besonders die Straßenerhaltung in unseren Breiten ein ganz wichtiges Thema ist. Gerade jetzt im Jänner konnte man wieder deutlich erkennen, wie das bei uns mit den sehr tiefen Temperaturen und dann wieder mit dem Tauwetter abläuft. In unseren Breiten gibt es nun einmal andere Anforderungen an die Straßen als beispielsweise weiter unten im Süden. Es ist also nach solch abwechslungsreichen Wintern für unsere Mitarbeiter einiges an Arbeit drinnen. Natürlich sollten wir dabei die finanzielle Seite auch nicht vernachlässigen. Gerade in diesem Programm steckt wieder sehr viel Geld drin, aber wir geben dieses gerne aus, weil es der Straßenerhaltung dient und weil der Bau moderner und vom Belag her leiser Straßen auch der Anrainerschaft Vorteile in Richtung Lebensqualität bietet.

Somit kann ich persönlich, aber auch namens meiner Fraktion sagen, dass wir diesem heutigen Grundsatzbeschluss sehr, sehr gerne zustimmen und wir sagen nochmals danke an all jene Menschen bei uns in Wels, die sich um die Abarbeitung und Umsetzung dieser Programme so sehr bemühen.

Vzbgm. Wimmer: Herzlichen Dank für diese Ausführungen und ich möchte einen Punkt aus der Wortmeldung des Kollegen Humer besonders unterstreichen. Dieser Punkt betrifft die Eiselsbergstraße und wenn sie diese in ihrer umgebauten Form noch nicht gesehen haben, dann schauen sie sich bitte einmal an, was aus dieser Eiselsbergstraße geworden ist, nämlich ein Prachtboulevard. Es stellt das eine tolle Leistung der Straßenmeisterei des Magistrates dar.

GR. Ing. Matzinger: Ich kann mich eigentlich dem Dank des Kollegen Humer an die Straßenmeisterei nur anschließen. Ich habe mir da aufgeschrieben, dass das, was der

Kollege Wieser zuerst hinsichtlich der Beleuchtung kritisierte, bei der Straßenerhaltung sehr wohl funktioniert.

Rückblickend darf ich doch festhalten, dass die Gemeinderäte nicht die Servicierer der Straßenbeleuchtung sind und es kann auch nicht von jedem Gemeinderat verlangt werden, dass er des Nächtens durch diverse Gässchen geht, um zu sehen, ob dort und da die Beleuchtung total funktioniert. Der Kollege Wieser hat das eben deshalb bemerkt, weil er öfter durchgeht. Abgesehen davon habe ich selbst dem Kollegen Hochhauser vor ca. 14 Tagen gesagt, dass die Beleuchtung im Hofergassl zu machen wäre bzw. dass sie sozusagen vor sich hinsieht.

Jetzt komme ich aber zurück zum Verkehr bzw. zum Straßenbauprogramm. Ich bin voll der Meinung des Kollegen Kroiß, dass sich nicht alles durch den Straßenbau oder die Straßenbeleuchtung regeln oder verbessern lässt, das heißt, sehr wesentlich ist die Verkehrserziehung. An dieser Stelle möchte ich nicht nur jenen danken, die sich täglich auf der Straße befinden, also die Polizisten, wobei sich der Kollege Kroiß oder der Kollege Weidinger schlecht bei ihren eigenen Kollegen bedanken konnten, weshalb ich das jetzt nachholen möchte. Es sind ja die Polizisten, die dafür sorgen, dass beispielsweise in Zusammenhang mit dem Ausfall einer Ampel noch immer der Verkehr fließt.

Ein ganz wichtiger Teil der Verkehrserziehung stellt aber das Vorbild dar, das wir Erwachsenen abgeben sollten. Ich kriege immer ein ganz eigenes Gefühl, die Leute irgendetwas zu nennen – blind, blöd – oder auch einen unfrohen Wunsch auszusprechen, etwa in der Richtung, dass es Zeit wird, dass sie endlich zusammengefahren werden, und zwar dann, wenn ich sehe, dass sie bei Rot über die Straßen gehen und den Kindern auf diese Weise ein miserables Beispiel abgeben, denn diesen verbietet man ja, bei Rot über die Straße zu gehen. Es ist wirklich ein Wahnsinn, was diesbezüglich so in den Städten passiert und was sich auch in Wels immer mehr einschleicht. Eine rote Ampel bedeutet für sehr viele, speziell für Erwachsene nicht mehr, dass man stehenzubleiben hat. Ich selbst habe in der Schule einmal ein diesbezügliches G'setzel gelernt, das lautet: Bei Rot da steh, bei Grün da geh. Irgendwie ist dieses G'setzel in Vergessenheit geraten.

Abgesehen davon möchte ich aber doch noch eines sagen. Speziell an den Wochenenden gäbe es bestimmt die eine oder andere Ampel, die man auf gelbblinkendes Licht schalten könnte. Ich denke hier ganz besonders an die Ampel beim großen Fußgängerübergang in der Ringstraße. Wenn man dort die ganze Rotphase abwartet und es kommt kein einziges Auto daher, darf man sich nicht wundern, wenn die Menschen bei Rot drübergehen. Interessanterweise kann die Ampel an der Kreuzung Ringstraße/Pfarrgasse sehr wohl gelb blinken und jeder fragt sich, warum das nicht auch beim Fußgängerübergang zwischen der Schmidtgasse und der Bäckerstraße bei diesem großen Fußgängerübergang möglich ist. Es geht hier um die Nachtstunden, wobei doch jeder annimmt, dass sich so etwas heutzutage technisch machen lassen muss. Abgesehen von diesem einen Übergang hat man speziell an den Wochenenden das Problem, dass etwas ungeduldige Erwachsene oder schon ältere Personen, die möglicherweise schon etwas farbenblind sind – ich interpretiere es jetzt einmal auf diese Art – bei Rot über die Kreuzung gehen und damit den Kindern ein schlechtes Vorbild sind.

Über Radfahrer, die zum Teil wie wildgeworden durch die Gegend sausen und alle Einrichtungen, die eigentlich zur Sicherheit der Radfahrer angelegt wurden, missachten, beispielsweise jene Streifen für Radfahrer, die vom normalen Verkehr abgegrenzt sind



oder das Fahren gegen die Einbahn, wo ja zum Teil auch Markierungen angebracht sind. Es nützt einfach nichts und man fährt im Großen und Ganzen durch die Gegend, wie einem das gerade beliebt. Das Ergebnis dieser Unart ist jenes, dass die Radfahrer zu den Ergebnissen der jährlichen Unfallstatistik nicht unwesentlich beitragen.

Jetzt bin ich bei der etwas eigenartigen Erinnerung, die der Kollege Weidinger hat, wenn er versucht, den Kollegen Kroiß zu kritisieren. Weidinger sagte: Was ist nicht alles nicht eingetreten, was der Kollege Kroiß befürchtete? Ich gebe dir Recht insofern, dass Gott sei Dank doch einiges nicht eingetreten ist, andererseits erinnere ich mich sehr wohl an einige andere Dinge, die du aber großzügig vergessen hast. Beispielsweise hat der neu angelegte Kreisverkehr an der Ecke Pollheimerstraße/Volksgartenstraße, der sozusagen zweispurig ausgelegt ist, immerhin 16 Verkehrsunfälle im Jahr 2008 mit sich gebracht und es ist das etwas, das von deiner Seite großzügig vergessen wurde. Früher gab es diese Unfälle in diesem Bereich nicht, sodass die berechnete Annahme besteht, dass die jetzige Situation etwas mit dem vorgenommenen Umbau zu tun hat. Das ist jetzt keine spezielle Vorhaltung, aber man sollte sich doch an derartige Dinge erinnern, wenn man schon die Ausführungen anderer kritisiert.

Ein weiteres Problem gab es mit der Kolpingstraße und dazu wird man sich ebenfalls bekennen müssen. Es gab doch lebhafte bzw. sehr viele Diskussionen darüber, ob es nun in der Kolpingstraße eine Einbahnführung in West-Ost-Richtung geben oder ob es bei der gegenläufigen Führung bleiben sollte.

Vzbgm. Wimmer: Herr Kollege Matzinger! Ich bitte darum, zum Straßenbauprogramm für 2009 zu sprechen und nicht zu verkehrstechnischen Fragen aus der Vergangenheit!

GR. Ing. Matzinger: Man hat versucht, das Thema Volksgartenstraße anders zu lösen, musste sich aber nach einiger Zeit doch wieder zu einem Rückbau entschließen. Also, wir werden vielleicht das eine oder andere bauen und im Nachhinein draufkommen, dass es damit doch nicht ganz das Richtige war. Daher – deshalb passt das eben Gesagte sehr wohl zu diesem Tagesordnungspunkt – sollte man dieses Straßenbauprogramm, das auch wir mittragen und mitbeschließen werden, doch auch in der Richtung sehen, dass möglicherweise die eine oder andere Maßnahme, von der wir überzeugt sind oder die vielleicht von einer Mehrheit gegenüber einer Minderheit durchgesetzt wird, rückgebaut oder zurückgenommen werden muss. Der Kollege Kroiß sagte es ja schon: Es war relativ einfach, die Maßnahme bei der Kolpingstraße zurückzunehmen und es konnten seinerzeit bei der Ringstraße gewisse Maßnahmen, die ergriffen wurden, relativ einfach zurückgeführt werden, aber bei der Roseggerstraße, wenn diese erst einmal umgebaut ist, wird das bestimmt nicht mehr so einfach möglich sein. Es kostet die Änderung der Verkehrsführung in der Roseggerstraße einiges und so würde wohl auch eine Rücknahme dieser Änderungen erheblich zu Buche schlagen bzw. wäre damit ein verlorener Aufwand gegeben.

Also: Versuchen wir bitte, gemeinsam Lösungen zu finden. Kommen wir aber drauf, dass irgendeine Lösung schlecht war und deshalb zurückgenommen werden muss, dann bekennen wir uns bitte ebenfalls gemeinsam dazu. Wir sind nun eben der Meinung, dass die Lösung für die Roseggerstraße schlecht ist, aber wenn uns das Gegenteil bewiesen wird, soll es uns auch recht sein. Ob die Verkehrsteilnehmer und die Anrainer mit einer neuen Regelung zufrieden sein werden, diese Frage können wir hier sicher nur bedingt beantworten bzw. wird man wohl aus verschiedenen Richtungen die Zurufe bekommen, je nachdem ob man selbst für diese oder jene Lösung eintritt.

Wir sind eben der Meinung, dass wir mit dieser Gegenläufigkeit zwischen der Stelzhamerstraße und der Ringstraße nicht gut beraten sind und dass dieser Gegenverkehr mit größeren Verkehrsstaus verbunden sein wird. Den Verkehrsteilnehmern wird wohl nicht viel anderes übrig bleiben, als sich in ihr Schicksal zu fügen, mit Ausnahme der Radfahrer, die aber jetzt schon tun, was sie wollen.

StR. Strassl: Ich danke für die Wortmeldungen, möchte mir aber schon noch erlauben, zu den Herren von der FPÖ einiges zu sagen. Ich glaube, dass die Leute den Herren von der FPÖ Gewisses nicht so schnell vergessen werden.

So war Herr Kroiß grundsätzlich gegen die Öffnung der Dr.-Groß-Straße, man muss aber sagen, dass es jetzt damit perfekt funktioniert. Reden sie doch einmal mit den Bewohnern der Dr.-Groß-Straße, um selbst aus deren Mund zu hören, dass die Dinge in Ordnung ablaufen. So haben sich die gefahrenen Geschwindigkeiten reduziert, was wiederum kürzere Abstände zwischen den Fahrzeugen zur Folge hat und einen größeren Durchsatz an Fahrzeugen gegenüber jener Zeit, als wir dort drei Fahrstreifen nur in eine Richtung hatten. Nebenbei haben wir jetzt durch diese eingeführte Gegenläufigkeit kürzere Fahrwege zwischen diversen Destinationen, was dem Umweltschutz dient, wenn weniger Kilometer in der Stadt gefahren werden. Ich habe noch keine Beschwerde darüber gehört, dass es jetzt in der Dr.-Groß-Straße nicht funktionieren sollte. Man fährt jetzt nicht mehr mit 80 km/h durch, sondern nur mehr mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 45 km/h, dafür hat man aber von der Reitschulgasse weg bis hinaus zum Stern-Hochhaus in Lichtenegg eine grüne Welle.

Zwischenruf GR. Ing. Matzinger: Mit welcher Geschwindigkeit?

StR. Strassl: Wenn sie eine Geschwindigkeit zwischen 45 und 50 km/h einhalten, haben sie von der Reitschulgasse bis hinaus nach Lichtenegg eine grüne Welle. Ich würde es den Herren von der FPÖ nahelegen, das einmal zu probieren. Die Sache funktioniert nahezu perfekt und die Bewohner der Dr.-Groß-Straße sind uns für diese Maßnahme dankbar.

Der nächste Punkt betrifft die Volksgartenstraße. Der frühere Verkehrsreferent Wieser hat sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, diese Straße aufzumachen. Dabei musste man nur eine gewisse Idee haben, wie man bei diesem scharfen Eck beim Messehaupteingang um die Kurve kommt. Wir haben also einen Kreisverkehr angelegt und die Volksgartenstraße geöffnet. Damit konnten wir eine Reduzierung des Verkehrs am Stadtplatz um 50 % erreichen, das heißt, der ganze Durchzugsverkehr, der früher gar keine andere Wahl hatte, fiel plötzlich weg. Und jetzt haben wir am Stadtplatz das, was wir ja eigentlich immer haben wollten, nämlich eine durchaus schöne Bummelzone und wenn jemand mit dem Auto hereinfahren will, kann er das durchaus machen, aber er muss nicht mehr über den Stadtplatz fahren, wenn er sozusagen von Ost nach West kommen will.

Das sind demnach alles Dinge, die in Zusammenhang mit diesem Verkehrskonzept Berücksichtigung gefunden haben.

Die Themen Kolpingstraße und Roseggerstraße miteinander zu vergleichen, das finde ich schon ein bisschen mutig. In der Kolpingstraße haben wir nämlich überhaupt keine Umbaumaßnahmen durchgeführt. Vielmehr haben wir dort eine Tafel aufgestellt und ca. nach einem halben oder drei Viertel Jahr stellten wir fest – wir haben das auch im

Verkehrsausschuss und im Stadtsenat besprochen – dass sich die Verkehrsverlagerung nicht so abspielte, wie wir das irgendwo erwarteten. Und nachdem wir nicht mit dem Kopf durch die Wand laufen wollen, haben wir diese Maßnahmen in der Kolpingstraße zurückgenommen. Da ist überhaupt kein Beinbruch dabei. Und das Ganze hat uns nichts gekostet als zwei Tafeln, die zuerst aufgestellt und dann weggeräumt wurden. Wir haben in weiterer Folge auch noch einen kleinen Schwenk in der Straße eingebaut, um so die Geschwindigkeit etc. besser in den Griff zu bekommen.

Die Roseggerstraße hat aber eine ganz andere Funktion bzw. werden dort andere Maßnahmen gesetzt. Ich habe immer geglaubt, der Kollege Kroiß ist bei der Polizei im Verkehrsbereich tätig und würde das entsprechend verstehen. Wir haben im einen Teil der Roseggerstraße schon jetzt drei Fahrstreifen, wobei zwei in Richtung Norden führen und eine geht in Richtung Süden. Und wir möchten erreichen, dass der Verkehr in Richtung Süden auch über den zweiten Teil der Roseggerstraße bis hin zur Mariensäule geführt werden kann, weil ja derzeit der gesamte Durchzugsverkehr von Nord nach Süd über die Bahnhofstraße und dann über die Pfarrgasse führt; dort haben wir eine Straßenbreite von teilweise nicht einmal vier Metern. Somit meine ich, dass man die Dinge schon im Gesamten sehen muss. Wenn wir den zweiten Teil der Roseggerstraße öffnen, haben wir eben die Möglichkeit, vom Norden nach Richtung Süden durchfahren zu können, und zwar nicht mehr über die Ecke. Sie werden sehen, die Leute werden uns für diese Maßnahme dankbar sein. Die Wege werden wesentlich kürzer sein und es lässt sich sogar durch ein Nachrechnen beweisen, dass diese Maßnahme auch eine grüne Komponente hat, also eine Umweltkomponente, weil wir damit verbunden ganz ordentlich die Feinstaubbelastung in der Stadt reduzieren können. Dabei wissen wir, dass insgesamt ca. 50 % der gesamten Feinstaubbelastung vom Verkehr produziert werden und so erscheint es angebracht, Möglichkeiten für deren Reduzierung zu nutzen. Das alles sind Dinge, die einer Überlegung wert sind, aber vielleicht fehlt ihnen da etwas der Zusammenhang. Wir haben diese Dinge gesehen und wir haben die verschiedenen Maßnahmen im Verkehrsausschuss mit sehr großer Mehrheit beschlossen. Und wir werden auch diesen letzten Part des Verkehrskonzeptes in der vorgesehenen Form durchführen bzw. umsetzen. Insgesamt funktionieren die bisherigen Maßnahmen und wir werden die Dinge jetzt bis zum Schluss durchziehen.

Zum Kreisverkehr in der Volksgartenstraße sage ich Folgendes. Ich weiß schon, dass sie einmal dort und einmal da ein bisschen von der Markierung herausnehmen wollen. Sie müssten aber bei ihren Klagen oder bei ihrer Kritik erwähnen, dass wir dort pro Monat nur einen Unfall haben, und das bei täglich ca. 15.000 Fahrzeugen. Hinzu kommt noch, dass wir erstmals solch einen zweistreifigen Kreisverkehr in Wels haben und vielleicht noch nicht alle Verkehrsteilnehmer an solche Verkehrsführungen gewöhnt sind. Natürlich ist jeder Blechschaden, der hier oder woanders entsteht, ein unangenehmer, aber andererseits hatten wir dort im letzten Jahr keinen einzigen Verletzten, weil ja eine Kreisverkehrsregelung bei einer Kreuzung an sich eine sehr sichere Maßnahme darstellt. Und in Bezug auf die Unfälle, die dort passieren, wissen wir ganz genau, dass diese einfach mit dem Fehlverhalten der Autofahrer zu tun haben.

Sie, Herr Kroiß, waren ja heute selbst bei diesem Lokalausweis in der Volksgartenstraße dabei. Wir haben heute dezidiert besprochen, dass wir eine verstärkte Aufklärungsarbeit leisten wollen, weil es viele Menschen gibt, die mit solchen Regelungen noch nicht ganz so gut umgehen können. Und der Sachverständige aus Linz, den wir uns extra hergeholt haben und den ich sehr schätze – er hat uns in den letzten Jahren

immer gut beraten – hat ausdrücklich erwähnt, dass die Markierungen, so wie wir sie jetzt haben, zu belassen sind. Also jetzt hereinzugehen und zu sagen, dass alles so schlecht funktioniere, das ist zurückzuweisen, weil ganz im Gegenteil die Dinge hervorragend funktionieren. Bei 14.000 oder 15.000 Fahrzeugen pro Tag im Bereich dieses Kreisverkehrs nur einen Unfall je Monat zu haben, das ist meines Erachtens kein dramatischer Zustand, so wie man hier den Eindruck erhalten könnte. Kein Unfall ist angenehm, aber andererseits ist es bestimmt nicht so, als würde es sich hier um die große Unfallhäufungsstelle handeln und als würde die Hälfte der Bevölkerung nur immer mit Angstschweiß durch diesen Kreisverkehr fahren.

Soweit also etwas zu diesen Dingen.

Zwischenruf: Aber warum denn diese Lautstärke!?

StR. Strassl: Na ja, weil ich mich so aufregen muss!

Vzbgm. Wimmer: Aber das zahlt sich doch gar nicht aus!

StR. Strassl: Grundsätzlich möchte ich mich für die Zusammenarbeit bedanken, vor allem auch für jene im Ausschuss. Wir führten in den letzten Wochen und Monaten wirklich extrem spannende Diskussionen, stundenlange Diskussionen. Ich danke auch dem Ausschuss-Vorsitzenden, dem Kollegen Buttinger, der diese Diskussionen zulässt. Ich glaube, wir haben mit dem Verkehrsausschuss einen der spannendsten und besten Ausschüsse dieses Gemeinderates. Jetzt ersuche ich aber um Beschlussfassung.

Vzbgm Wimmer: Vielen Dank, Herr Stadtrat, insbesondere für das Lob an den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses!

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

15.)

Bodenmarkierungen im Stadtgebiet von Wels;  
Auftragsvergabe  
BZ-VerkR-00060-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 13.01.2009:

Die Bodenmarkierungsarbeiten im Stadtgebiet von Wels für die Jahre 2009 bis 2013 werden an die Bauschutz Gesellschaft mbH & Co KG, 4600 Wels, Dieselstraße 9, aufgrund deren Angebot vom 01.12.2008 und der darin enthaltenen Einheitspreise mit einem Auftragsvolumen für das Jahr 2009 in der Höhe von € 249.450,48 vergeben.

Die Einzelaufträge werden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel erteilt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

### Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Unsere Tagesordnung ist an sich erfüllt, wir müssen jetzt aber noch die jeweiligen Sachanträge behandeln, nachdem den eingereichten Dringlichkeitsanträgen schon zu Beginn der Sitzung die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Wie angekündigt werden wir die drei Anträge in Bezug auf die thermische Sanierung von Altbauten in der Diskussion zusammenfassen. Und am Beginn beschäftigen wir uns jetzt mit dem Antrag bezüglich „Islamisches Internat“ in Wels.

### Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Ausbau des Islamischen Internats in Wels (Albrechtstraße):

GR. Mag. Holter: Ich darf vorausschicken, dass die ÖVP-Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Ich darf allerdings auch erklären, warum die ÖVP-Fraktion in ihrer Konsequenz weitergeht und eine Schließung dieses Internates fordert. Diese Forderung ist bereits über die Medien ergangen.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Ausgangssituation ansieht, kann man, wenn man die Chronologie bezüglich Baubewilligung, Benützungsbewilligung etc. verfolgt, Folgendes feststellen. Bewilligt war in diesem Gebäude Folgendes: Ein Gebetsraum für 70 Personen und ein Schlafraum für 10 Personen. Dies auf Basis des Bauplanes vom 11.07.2003, bewilligt mit Bescheid des Magistrates. Hier kommen wir auch gleich zur Frage der Zuständigkeit, denn eines möchte ich bei dieser Debatte nicht unbedingt haben, nämlich dass die Frage der Zuständigkeit hin- und hergeschoben wird. Es gibt also einen ganz klaren Bescheid.

Festzustellen ist – alles, was ich jetzt sage, ist objektiv überprüfbar und die politische Wertung kommt am Schluss – dass die Bewilligung dieses Heimes insbesondere bezüglich der Anzahl der genehmigten Schlafplätze für 10 Personen bisher nie erweitert wurde. Die einzige Erweiterung, die es gegeben hat, betraf die Einrichtung eines Hobby-Raumes samt Küche und Keller im Jahr 2004. Nachher hat es nie wieder einen Antrag bei der Behörde auf Erweiterung in der einen oder anderen Form gegeben, schon gar nicht für den Bereich der Ausdehnung der Heimplätze auf eine größere Anzahl.

Nun stehen wir aber vor der Situation – es wundert mich schon sehr, dass das behördlicherseits niemandem aufgefallen ist – dass von diesem Heim, das eigentlich nur 10 Plätze haben sollte, genau 27 Schüler eben mit dieser Heimadresse die Hauptschule Lichtenegg besuchen. Zusätzlich haben wir unter dieser Heimadresse nachweisbar acht Schüler, die andere Pflichtschulen in Wels besuchen, sodass sich die im Antrag

stehende Zahl von 35 Schülern, die in diesem Internat untergebracht sind, vollkommen richtig ergibt, und zwar als Minimum.

Nun stelle ich fest, dass eine Benützung des Internats auf diese Art und Weise nicht bewilligt ist. Weiters stelle ich fest, dass bereits aufgrund der Zahl der Meldeanschriften eine Schließung dieses Internates erforderlich ist. Wenn nämlich die Anmeldungen stimmen und es sind dort 35 islamische Schüler statt der bewilligten 10 Schüler untergebracht, dann habe ich bei einem Schlafräum für 10 Personen durch die Gesundheitsgefährdung, durch die Hygieneproblematik und dergleichen eine Begründung dafür, die Bewilligung für dieses Heim sofort zu entziehen. Stimmen aber die Meldungen nicht – ich weiß ja, was bei behördlichen Kontrollgängen zu erwarten ist, das heißt, es werden auf einmal nur mehr zehn Schüler dort sein – dann stehen wir vor dem Problem der Falschmeldung oder vor dem U-Boot-Problem. Das wäre ein weiterer Grund, der dafür spricht, eine Schließung dieser Institution zu verfügen.

Das sind also die objektiven Daten, über die wir nicht hinwegkommen; die stellen sich einfach so dar.

Wir haben uns natürlich auch mit den zuständigen Lehrkräften der betroffenen Schulen unterhalten und dazu ist Folgendes zu bemerken, wobei das jetzt der politische Teil ist bzw. die Meinung der ÖVP-Fraktion, aber ich gestehe zu, dass man die Dinge auch immer anders sehen kann.

Auffällig ist speziell das Folgende. Es gibt in ganz Österreich Internatsschulen verschiedener Konfessionen. Ich war selbst Schüler einer katholischen Internatsschule und es war klar, dass der überwiegende Kontakt mit den Eltern an dafür vorgesehenen Elternsprechtagen stattfindet oder an ähnlichen speziell eingerichteten Terminen. Und auffällig ist, dass insbesondere an der Hauptschule Lichtenegg ein Problem auftritt. Wem das nicht zu denken gibt, dem möchte ich ein bisschen nachhelfen. Alle diese Schüler, die dort offiziell zur Schule gehen – ich sage einmal, es sind 27 statt 10 – sind vom islamischen Religionsunterricht abgemeldet, also von jenem Unterricht, der an der Schule angeboten wird. Sie werden aber im Internat religionsmäßig erzogen, und zwar mit folgenden Auswirkungen. Erstens wird es den Schülern – es hat schon diesbezügliche Unterhaltungen mit Schülern gegeben – sehr zu deren Leidwesen untersagt, sich außerhalb des Pflichtunterrichtes, den sie besuchen müssen, mit sonstigen Schulthemen zu beschäftigen. Das heißt also, dass sie bei Projektwochen nicht mitfahren dürfen, bei Projekttagen, Kennen-lernen-Tagen und dergleichen und es wird der Kontakt der Eltern mit der Schule ganz gezielt verhindert. Die Schüler, die in diesem Internat untergebracht sind, kommen aus einem Unkreis von höchstens 30 oder 40 Kilometern und sind Kinder islamischer Eltern, die ihren Hauptwohnsitz in Oberösterreich haben. Interessanterweise verhindert genau dieses Internat den Kontakt der Eltern mit der Schule und zum Elternsprechtag kommt, wenn überhaupt jemand kommt, ein Heimleiter oder dessen Vertreter, wobei auffällt, dass es eine sehr große Fluktuation gibt, das heißt, es gibt eigentlich keine ständigen Ansprechpartner.

Und außerschulisch finden wir dann folgende Situation vor, was ebenfalls erwähnenswert ist, weil wir ja zum Thema Integration immer von einer Möglichkeit dergestalt sprechen, dass sich die Immigrationskinder bei einem unserer Vereine in dieser oder jener Form betätigen können. Wir wissen, dass so etwas in Bezug auf die Mädchen im Bereich des Islam ohnehin sehr schwierig ist. Und wir wissen aus diesem Internat, wo ja ausschließlich Knaben interniert, pardon, dort aufhältig sind, dass es diesen Internats-

schülern verboten ist, österreichischen Sportvereinen oder ähnlichen Einrichtungen beizutreten. Die dürfen das nicht! Und angesichts dessen, meine Damen und Herren, frage ich sie, welcher Hintergrund dafür besteht, möglichst eine Trennung zwischen dem Internatsgebäude und – ich sage es einmal global – der westlichen Welt zu haben. Ich rede jetzt nicht von Assimilierung, sondern von der Möglichkeit, Angebote anzunehmen, die wir als Integrationsgesellschaft stellen. Dafür gibt es in Wels sehr viele Beispiele, wobei ich die Sportvereine herausstreichen möchte, weil diese ja einen besseren Zugang zu den Jugendlichen haben und weil dort kein besonderes Erstbildungsniveau erforderlich ist. Aber auch diese Möglichkeit wird ganz bewusst abgeschnitten, genauso wie diese Kinder das staatliche Angebot des Islamunterrichts nicht wahrnehmen dürfen. Darüber hinaus wird uns ja auch noch gesagt, dass eine feindliche Haltung gegenüber dem demokratischen Grundprinzip Österreichs in diesem Internat aufgebaut wird. Das war jetzt sozusagen die politische Übung.

Wenn ich nun beide Betrachtungen zusammenführe, lässt sich meines Erachtens nur der Schluss ableiten – das sehe ich ganz dezidiert so – dass die Stadt Wels keinerlei Bedarf an der Führung eines derartigen Internates hat. Wir wissen doch alle, mit welchen Zahlen wir im Schulbereich zu kämpfen haben. Wir haben an den Hauptschulen Migrantenzahlen zwischen 65 und 70 Prozent. Das ist nicht übertrieben; das stimmt. Und wir kämpfen alle damit, wenn auch mit unterschiedlichen politischen Ansichten, was ich zugebe, dass die Kinder, die in Wels wohnen bzw. deren Familien in Wels aufhältig sind, durch diverse Maßnahmen besser integriert werden können. Als ÖVP-Fraktion weise ich auch darauf hin, dass es sich in erster Linie um eine Pflichtendiskussion handelt.

Was wir uns aus Sicht der ÖVP nicht leisten können, das ist das genaue Gegenbild jeder Integrationsform. Das ist die Etablierung eines fundamentalistischen, radikal-islamistischen Internates in dieser Stadt, das offensichtlich bis jetzt unüberprüft war. Gott sei Dank wurde das mit Hilfe der OÖ Nachrichten entsprechend aufgezeigt. Hier geht es allerdings nicht darum, jemanden ganz bewusst abzuwerten, schon gar nicht die dort wohnhaften Kinder, denn diese kommen ja durch solche Situationen mehr oder minder unbewusst zum Handkuss, aber den Betreibern selbst muss man ganz klar sagen: Euch als Institution wollen und brauchen wir in dieser Stadt nicht. Ihr habt euch an nichts gehalten, was vereinbart war, ganz im Gegenteil habt ihr wesentlich mehr durch die Hintertür gearbeitet als in den offiziellen Verfahren. Und die zweite Seite ist, dass ihr nicht dazu bereit seid, euch in irgendeiner Art und Weise dem Thema Integration zu stellen und der Integration auch im Sinne eines Pflichtenkataloges gegenüberzutreten.

Und in der Zusammenschau der Dinge muss man weiters sagen, dass in diesem Fall Wels als Aufnahmegesellschaft der falsche Ort ist.

Selbst wenn man vielleicht darüber diskutieren kann, wer nun für dieses Internat zuständig ist – ist es die Schulbehörde, die Baubehörde, irgendwer beim Land oder wer immer – muss es jedenfalls eine Meinungsbildung dieses Gemeinderates geben, nämlich in der Richtung, dass eine solche Institution in dieser Stadt nicht geduldet wird. Wir von der ÖVP-Fraktion unterstützen den Antrag und verlangen darüber hinaus die Schließung dieses Internats.

GR. Dr. Rabl: Zu Beginn erspare ich es mir, den Sachverhalt nochmals darzustellen, weil das der Kollege Holter ohnehin gemacht hat. Dabei hat er sich eh weitgehend an

das gehalten, was zuletzt in den OÖ Nachrichten darüber zu lesen war. Es freut uns nur, dass die ÖVP, gerade was diese Integrationsfrage betrifft, auf unsere Linie einschwenkt. Ich frage mich allerdings, warum das so lange gedauert hat. Dieser Gemeinderat ist doch jetzt schon mehr als fünf Jahre in Funktion. Man sieht aber daran, dass die Anträge, die wir ständig hier im Gemeinderat einbringen, notwendig sind, um die Dinge vorzugeben; das sickert dann schön langsam durch.

Ich möchte mich jetzt gar nicht mit dem Sachverhalt aufhalten, sondern gleich zur politischen Verantwortung kommen. Dabei möchte ich die parteipolitische Verantwortung nicht außer Acht lassen.

Wels ist – das muss man leider feststellen – in Österreich nicht als Energiehauptstadt bekannt, sondern als Ausländerhauptstadt, und zwar nicht bloß bei den Welsern oder bei den Inländern, sondern auch bei den Ausländern bzw. bei den Islamisten. Bekannt ist darüber hinaus die ausländerfreundliche Politik der SPÖ, die teilweise so weit geht, dass es zu einer Inländerdiskriminierung kommt. Und bekannt ist darüber hinaus noch zusätzlich das – nennen wir es einmal so – sehr amikale Wegschauen des Magistrats, wenn es um Integrationsfragen geht. Es wundert daher niemand – zumindest nicht in unserer Fraktion – dass sich speziell dieses Internat in seiner jetzigen Form, in dieser radikalfundamentalistischen Art in Wels ansiedelte. Man weiß ganz einfach, dass hier der Boden fruchtbar ist, dass seitens der Beamtenschaft eh nicht so viel passiert und vor allem weiß man, dass seitens der SPÖ nicht viel passiert. Und so wundert es nicht, dass in einem solchen Internat statt Integration der Fundamentalismus gelehrt wird, statt Deutsch der Radikalismus und statt Aufklärung gibt es die reinen Lehren des Islam.

Ich mache die SPÖ-Politik natürlich dafür verantwortlich, dass wir in Wels bei den unter 40-jährigen einen Ausländeranteil von mehr als 50 Prozent haben. Ich mache die SPÖ auch dafür verantwortlich, dass es in den Volksschulen einen Ausländeranteil von über 80 Prozent gibt. Und weiters mache ich die SPÖ dafür verantwortlich, dass es in Wels Ghettos gibt und es in den Volksschulen nicht möglich ist, über ein Sonderschulniveau hinaus zu unterrichten, weil nun einmal die Deutschkenntnisse der Schüler derart schwach sind. Die Schüler verstehen deshalb nicht, worum es eigentlich geht und somit müssen die Lehrer zuerst einmal Deutsch lehren, weil sonst überhaupt kein Weiterkommen ist. Für diese Zustände mache ich die SPÖ mitverantwortlich.

Das Ganze geht ja noch weiter. Es ist für mich schon eigenartig, was der Kollege Holter völlig richtig darstellte. Es gibt also ein Internat für 10 Schüler und es ist doch beim Magistrat jederzeit abfragbar, dass dort 35 Schüler gemeldet sind. Somit stelle ich die Frage, wo denn die zuständigen Leute für diese Überprüfung waren. Aus meiner Sicht gibt es diesbezüglich nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat man das beim Magistrat ohnehin gewusst, akzeptierte es aber, weil man diese Multikultipolitik fortsetzen wollte – eigentlich glaube ich das in dieser Form nicht – oder man wusste es tatsächlich nicht, wobei ich aber nicht weiß, ob dieses Nichtwissen besser als das andere ist. Da müsste man nämlich auch zugestehen, dass in dieser Stadt niemand weiß, was hier passiert. Letzteres wäre beispielsweise gerade in dieser Frage überaus bedauerlich.

Was mich aber in dieser Frage noch wesentlich mehr aufregt, das ist das Krisenmanagement. Da weiß man bereits aus der Zeitung verschiedene Dinge – eine Bezirksschulinspektorin sprach von untragbaren Zuständen und ein Direktor sprach ebenfalls von untragbaren Zuständen – und was macht man? Schließt man vielleicht dieses Internat? Nein! Überprüft man es sofort? Nein! Was macht man eigentlich? Man sagt,



man sei dafür nicht zuständig und die Verantwortung liege beim Land. Also, wenn das ihr Krisenmanagement ist, nämlich im Gegenteil von dem, wie ich mir in solch einer Situation ein Vorgehen seitens der Politik erwarten würde, wenn ich weiß, dass es zu einer Radikalisierung von Kindern kommt, wenn ich weiß, dass in diesem Internat der Radikalismus gepredigt wird, wenn ich weiß, dass die in diesem Internat wohnenden Kinder zu keinem Verein gehen dürfen, wenn ich weiß, dass der Kontakt zu den Eltern abgeschnitten wird, wenn ich das alles weiß und trotzdem sage, dass ich dafür nicht zuständig bin, dann ist das aus meiner Sicht kein Krisenmanagement, wie ich mir dieses wünschte.

Ich sage ganz klar Folgendes. Wenn wir wirklich eine Integration haben wollen, dann müssen wir die Pflichten, die es nun einmal gibt, viel mehr in den Vordergrund stellen. Wir haben immer gesagt: Wenn jemand hier herkommt, hat er ein Gastrecht, er muss sich aber auch den hier herrschenden Regeln anpassen. Will das jemand nicht tun, dann ist dies zwar zu akzeptieren, dann muss derjenige aber damit rechnen, dass wir auch als christliche Wertegesellschaft sagen, dass jemand, der die Frauenrecht nicht achtet, die österreichische Demokratie nicht achtet, die österreichischen Werte, dass man ihm irgendwie nahelegt, sich zu überlegen, ob er überhaupt hier bleiben will.

Gibt es solch ein Verhalten seitens der Stadt bei derartigen Missständen, dann braucht man sich auch nicht darüber zu wundern, wenn bei Studien herauskommt, dass für Islamlehrer die Demokratie sowieso ein Unsinn ist; sie zeigt ja sowieso keine Zähne. Ich muss mich dann auch nicht darüber wundern, dass die Integration, Recht und Ordnung keine Bedeutung haben, weil ja sowieso nur der Islam das einzig Richtige ist. Ich muss mich also nicht darüber wundern, dass die Staatsgewalt derzeit nicht durchdringen kann. Über all das brauche ich mich nicht zu wundern und somit auch nicht über eine zunehmende Islamisierung unserer Gesellschaft. Das, was mir am Herzen liegt und was wir wollen, ist, dass dem ein Riegel vorgeschoben wird. Wir wollen eine Schließung dieses Internates haben. Zuvor wollen wir natürlich eine Überprüfung haben und insgesamt wollen wir eine Integration erreichen. Das ist unser Wunsch, für den wir immer eingetreten sind. Und dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass es notwendig ist, diese Vorgehensweise zu unserer Integrationspolitik in Wels zu machen.

GR. Anreitter: Wir haben in Zusammenhang mit diesem Thema angesichts des vorliegenden Antrags heute eine ganz besondere Situation. Wir werden heute diesem Antrag zustimmen, was aber noch lange nicht heißt, dass wir den Weg der Freiheitlichen Partei oder der ÖVP in Zusammenhang mit der Integrationspolitik einschlagen. Wir sind aber der Meinung, dass dem Antrag, der heute eingebracht wurde, sehr wohl zuzustimmen ist und dass jedenfalls eine Überprüfung der von den Medien und von Herrn Direktor Mayrhofer dankenswerterweise aufgezeigten Missstände – es scheint jetzt so, als ob es sich um solche handeln würde – durchzuführen ist. Und für den Fall, dass es wirklich so ist, wie es jetzt scheint, sind auch Konsequenzen zu ziehen.

Natürlich bin ich nicht einer Meinung mit dem Kollegen Rabl bzw. mit der Begründung, die er jetzt zusätzlich abgegeben hat. Die Rede vom Kollegen Holter war etwas differenzierter, sachlicher und ich kann dem Gesagten großteils zustimmen. Die Forderung nach Schließung dieses Internats wollen wir aber erst dann stellen, wenn sich die Vorwürfe, die jetzt im Raum stehen, bestätigt haben. Somit können wir diesem Antrag sehr wohl zustimmen, denn darin steht ja vorerst einmal nur, dass diese Dinge überprüft werden sollen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen, weil eindeutig drinsteht, dass wir das jetzt einmal überprüfen wollen. Ganz wichtig ist für uns – ich habe zuerst mit dem Bürgermeister kurz gesprochen – dass alles eingeleitet ist. Der Baureferent, der Bürgermeister, die zuständigen Stellen haben für morgen schon alles terminisiert, damit die Dinge besprochen werden können. Wir wollen vor allem auf der Basis von Fakten Entscheidungen treffen und nicht aufgrund privat recherchierter Dinge und von Halbwahrheiten. Wir wollen also Fakten auf dem Tisch haben und diese Fakten sind dann Grundlage für eine Entscheidung.

Zwischenruf GR. Mag. Holter: Entschuldigung! Wer sagte denn Halbwahrheiten?

GR. Reindl-Schwaighofer: Wie auch immer, es kann sich jeder angesprochen fühlen.

Zwischenruf GR. Hüttmayr-Punkenhofer: Dass die SPÖ für das alles zuständig sein soll, für den hohen Ausländeranteil etc.! Wieso denn wir?

GR. Reindl-Schwaighofer: Wir stimmen diesem Antrag zu und es werden morgen alle Entscheidungen auf Basis von Fakten getroffen, die von Amts wegen recherchiert wurden. Das ist eine Vorgangsweise, die sich nahezu aufzwingt, denn wir befinden uns schließlich im Gemeinderat und wollen doch Entscheidungen auf der Basis von Fakten haben oder herbeiführen. Für uns geht es darum, sich die Dinge so genau anzusehen, dass tatsächlich festgehalten werden kann, was dort vorgeht. Es gibt einige Vorwürfe, die möglicherweise zutreffen. Ich habe selbst mit verschiedenen Leuten gesprochen und wenn es wirklich so ist, dass dort derart viele Kinder untergebracht sind, dann stellt das einen unhaltbaren Zustand dar. Die Einhaltung der Gesetze gehört wirklich genau überprüft. Wir wollen sehr wohl haben, dass Gesetze eingehalten werden. An dieser Stelle möchte ich auch auf den Artikel in einer anderen Zeitung hinweisen, welcher diese Woche erschienen ist. Darin geht es sowohl um die Einhaltung der Rechte als auch der Pflichten und ich denke, das ist genau die Grundlage oder Prämisse, unter der wir weiterarbeiten können.

Bgm. Dr. Koits: Vor der Abstimmung möchte ich sie noch davon informieren, dass selbstverständlich der Magistrat umgehend beauftragt wurde, alle Fakten zu sammeln und auf den Tisch zu legen. Natürlich geht es auch um die Erhebung der rechtlichen Grundlagen bzw. um deren Aufbereitung.

Der Herr Schulreferent, der Herr Baureferent und ich werden die Öffentlichkeit morgen entsprechend informieren. Wenn alles so aufbereitet ist, dass man darauf aufbauen kann, haben wir daraus unsere Schlüsse zu ziehen. Ich halte aber nichts davon, darüber in der Form zu diskutieren, wie das heute vorgetragen wurde. Da gibt es wohl mehrere Beteiligte, nicht nur den Magistrat, sondern auch die Schulbehörde, den Landesschulrat, aber auch den verantwortlichen Schuldirektor und selbstverständlich die Bezirksschulinspektorin. All deren Meinungen sind zusammenzufassen und anschließend wird man die notwendigen Schlüsse ziehen können. Das ist ganz klar.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 2) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Zurverfügungstellung von Baugründen für Familien zu günstigen Preisen:

StR. Dr. Wieser: Es ist schon bei der Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit durchgeklungen, dass es auch seitens der SPÖ-Fraktion ein gewisses Verständnis dafür gibt, Gründe anzukaufen und dann günstig weiterzugeben. Wir meinen, dass eigentlich schon seit vielen Jahren die Situation dringlich war, nicht nur jetzt, wo wir gewisse wirtschaftliche Probleme haben. Diese Idee ist also nicht neu. Schon vor etwa zehn Jahren habe ich vorgeschlagen bzw. wurde das von meiner Fraktion im Gemeinderat beantragt, dass die Stadt Wels neuerlich landwirtschaftlichen Grund aufkaufen und die entsprechende Widmung herstellen soll – die Aufschließung hätte ebenfalls vorangetrieben werden müssen – damit in weiterer Folge speziell junge Familien, die dazu gewillt sind, in Wels ein Haus zu bauen, ein Grundstück zu einem Preis erwerben können, der tatsächlich erschwinglich ist.

Ich glaube, jeder von uns kennt in seinem Bekanntenkreis Leute, die außerhalb von Wels bauten, weil in Wels die Grundstücke zumeist so teuer sind, dass man sich das gar nicht mehr leisten kann. Zum Teil wurden ja nicht einmal Grundstücke angeboten. Wenn sie also rund um Wels fahren – Schleißheim, Weißkirchen, Steinerkirchen, Buchkirchen, Krenglbach, Gunskirchen – werden sie sehen, wie flott überall Häuser gebaut wurden und werden. Dort hat die Gemeindepolitik schon rechtzeitig, vor Jahren dafür gesorgt, dass in den jeweiligen Gemeinden Baugrund für junge Leute vorhanden ist, wobei diese Baugründe auch von Welsern gerne angenommen werden. Es ist aber schade, wenn wir es zulassen, dass Welser, die an und für sich bauen möchten, in andere Städte oder Gemeinden gehen müssen.

Wir haben natürlich auch die Situation der aufkeimenden Rezession speziell in der europäischen Wirtschaft im Auge gehabt, als wir uns dazu entschlossen haben, diese Sache mit der Bereitstellung günstiger Grundflächen in den Vordergrund zu stellen. Ich glaube, es wäre doch insgesamt nicht gerade günstig, würde in solchen Zeiten das Geld einfach auf Sparbüchern oder sonst wo geparkt und nicht in die Hand genommen, nämlich für eine der sinnvollsten Investitionen, die darin besteht, dass eine Familie in ein Haus, in ein eigenes Heim investiert. Und genau solche Bemühungen sollten eben von der Stadt Wels unterstützt werden. Damit sind nicht einmal ermäßigte Preise gegenüber dem Ankaufspreis gemeint. Der Vorgang sollte ganz einfach der sein, dass die Stadt mit dem Erwerb ausreichend großer Grundstücksflächen in Vorlage geht und dann kämen noch die Aufschließungskosten dazu. Um diesen Preis sollten in weiterer Folge die Baugründe weiterverkauft werden, natürlich versehen mit einer Bauverpflichtung, wie wir sie früher immer beim Verkauf eines Grundstückes mitbeschlossen haben, nämlich jener, innerhalb von fünf Jahren ein Haus zu errichten. Und selbstverständlich müsste auch ein Verbot für den Weiterverkauf des Hauses innerhalb von fünf Jahren nach Fertigstellung Berücksichtigung finden.

Jedenfalls wäre eine solche Maßnahme für die Wirtschaft von wichtiger Bedeutung, denn bei einem Hausbau geht es ja nicht nur um den Bau selbst, sondern auch um weitere Investitionen wie beispielsweise für die Inneneinrichtung. Es sollte aber auch sichergestellt sein, dass die Leute selbst Hand anlegen können.

Bgm. Dr. Koits: Wir haben hier einen relativ hohen Lärmpegel und ich darf um mehr Ruhe ersuchen!

StR. Dr. Wieser: Es ist ein bisschen uncharmant, wenn sie das Thema offenbar so wenig interessiert, dass sie sogar miteinander schwätzen. Obzwar ihrerseits zuerst schon Zustimmung signalisiert wurde, möchte ich die Sache schon etwas näher ausführen, damit dann das Thema wirklich sitzt und wir die Sache in Zukunft wirklich angehen.

Es hilft uns ja im Moment ziemlich wenig, wenn Herr Vizebürgermeister Hermann Wimmer eine Wortspende in der Richtung abgab, dass mit diesem Antrag langjährige Bemühungen der SPÖ aufgegriffen werden. Wenn schon, dann waren diese Bemühungen sicher nicht sehr erfolgreich. Ich habe jedenfalls nichts von derartigen Bemühungen gehört, denn wir hätten doch solche Grundstückstransaktionen hier im Gemeinderat beschließen müssen, was aber meines Wissens nach nie geschehen ist. Solche Behauptungen stellen demnach eine charmante Art dar, Anträge unsererseits für sich irgendwie schönzureden.

Letztlich freue ich mich, wenn das heute in dieser Form vom Gemeinderat beschlossen wird. Natürlich ist es noch Sache des Bauausschusses, des Präsidialausschusses oder des Finanzausschusses, darüber zu beraten, wie denn die genaueren Bedingungen aussehen sollen. Diesbezüglich möchte ich sie, Herr Bürgermeister, jedenfalls ersuchen, darauf zu schauen, dass diese Sache tatsächlich vorangetrieben wird. Es liegen ja schon wieder bzw. seit Monaten diverse Anträge, die hier im Gemeinderat beschlossen bzw. an einen Ausschuss verwiesen wurden, irgendwo herum, ohne in irgendeiner Weise weiterbehandelt zu werden. Auch im Präsidialausschuss hängt manches. Ich würde sie also darum ersuchen, die Sache rasch anzugehen und wenn sie wollen, kann ich ihnen schon morgen einen Bauern nennen, der draußen in Oberthan sehr gerne Grundflächen verkaufen würde. Abgesehen davon denke ich mir, dass im Einzugsbereich der Vogelweidestraße ohnehin einige Grundstücke geeignet wären und sehr günstig zur Verfügung stünden. Man könnte und sollte demnach sehr rasch an diese Sache herangehen, denn falls das Ganze erst in drei Jahren greift, haben wir eigentlich wieder sehr viel Zeit versäumt und die Effekte, die wir alle haben wollen – das wäre irgendwo in Zusammenhang mit einem Konjunkturprogramm zu sehen – würden womöglich erst wieder verblassen.

Ich danke jedenfalls schon vorweg für die Zustimmung. Die Frau Kollegin Maitner, die sich jetzt gleich zu Wort meldet, könnte ja ebenfalls sagen, dass sie dieser Sache grundsätzlich zustimmt, bevor sie dann einen Verweisungsantrag an einen Ausschuss stellt, dem wir genauso zustimmen werden.

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Ich stelle hiermit den Geschäftsordnungsantrag, diesen Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion an den Präsidialausschuss und an den Bauausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den Präsidialausschuss und an den Bauausschuss zur weiten Beratung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich glaube, es hat jetzt eigentlich jeder mitbekommen, dass vom Grundsatz her dieses Anliegen positiv bewertet wird.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Errichtung eines Parkhauses beim Hauptbahnhof Wels:

GR. Kroiß: Der Antrag wurde schon irgendwo begründet, als es eingangs um die Zuerkennung der Dringlichkeit gegangen ist. Es geht ganz einfach darum, dass es immer weniger freie Parkplätze im Bereich des Welser Hauptbahnhofes gibt. Einerseits wird auf der Südseite des Hauptbahnhofes die neue Tiefgarage nicht angenommen, weil sie zu teuer ist – die Pendler können oder wollen sich die Tarife nicht leisten bzw. gibt es keine Ermäßigung für Bahnfahrer – und so weichen andererseits automatisch immer mehr Leute mit den Fahrzeugen in den Norden aus. Wir sind der Meinung, dass auf der Nordseite ganz einfach ein zusätzlicher Parkraum geschaffen gehört, also ein Parkhaus, damit erstens der Parkdruck für die Neustädter selbst weniger wird, zweitens die Pendler schneller einen Parkplatz finden und drittens wäre das auch noch eine echte Konjunkturmaßnahme für die Stadt Wels. Ich ersuche sie daher um ihre Zustimmung.

StR. Strassl: Im Zuge der Konjunkturbelebungsmaßnahmen lässt sich heutzutage fast alles mehr oder minder gut darstellen. Vielleicht sollen wir noch irgendwo das Dach vergolden!

Ich möchte jetzt der FPÖ ein bisschen auf die Sprünge helfen, denn man vergisst ja so schnell. Der Kollege Wieser hatte doch vor ein paar Jahren die Möglichkeit, ein Parkhaus in der Neustadt zu errichten. Als der Bahnhof umgebaut wurde, war der Kollege Wieser Verkehrsreferent und Infrastrukturministerin war damals eine Dame, deren Name mir jetzt nicht einfällt, die aber ebenfalls von der FPÖ stammte.

Bgm. Dr. Koits: Das war die Frau Ministerin Forstinger!

StR. Strassl: Ganz genau! Dieses Parkhaus wurde damals abgeschmettert. Die Stadt hätte ein Drittel gezahlt, ebenso das Land und den ÖBB wäre ein Drittel übrig geblieben. Hätten alle zusammengewirkt, hätten wir dort ein Parkhaus bekommen. Nun kann man sagen, der Kollege Wieser habe diese Sache nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieben, jedenfalls ist es so, dass wir dieses Parkdeck oder Parkhaus nicht bekommen haben.

Irgendwo nahmen wir dann die Sache selbst in die Hand und schauten, dass wir sozusagen ebenerdig möglichst viele Parkplätze einrichten können. Ich glaube, sie wissen gar nicht, wie viel Parkplätze wir nördlich des Bahnhofs haben. Es gibt im Norden 380 Pendlerparkplätze, während Linz 0 Dauer-Pendlerparkplätze hat, in Worten „null“. Das heißt also, dass wir sehr wohl ganz schön viel für unsere Pendler getan haben. Das reicht jetzt in der Gärtnerstraße fast hinunter bis zu den Pfadfindern. Wir haben wirklich sehr viel gemacht: 380 Parkplätze sind doch nicht gerade wenig.

Wir haben im Süden noch, glaube ich, 26 Dauerparkplätze und es gibt im Süden auch eine große Tiefgarage mit 370 Parkplätzen. Und wir haben mit der ÖBB Kontakt gesucht und darum gebeten, man möge sich doch mit dem privaten Tiefgaragenbetreiber in Verbindung setzen, um im Interesse der Pendler eine Kooperation einzugehen. Ich weiß nicht, ob die ÖBB jemals solche Gespräche aufgenommen haben; ich glaube, man hat das nicht getan.

Ich halte es demnach schon für eine etwas kühne Angelegenheit, die Stadt als Parkhausbetreiber in die Pflicht zu nehmen. Das ist doch wirklich nicht unsere Aufgabe. Wer aber in die Pflicht genommen werden sollte, das sind meines Erachtens die ÖBB. Es sind nämlich ihre Kunden, die um viel Geld mit ihren Zügen fahren sollen. Wir als Stadt hatten auch schon ein Gespräch mit der ÖBB-Führung, in welchem wir diese darauf hinwiesen, dass wir als Stadt schon sehr viel Geld in die Hand genommen haben und es an der Zeit wäre, dass auch die ÖBB Geld in die Hand nähmen, um ihren Kunden etwas Gutes zu tun. Wie gesagt, ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wenn die Stadt Wels als Parkhausbetreiber auftritt. Da gibt es viele andere Möglichkeiten für die Stadt, das Geld wesentlich besser zu investieren.

GR. Mag. Springer: Ich halte es für sehr wichtig, allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern den Umstieg auf die Bahn zu ermöglichen, wozu ein entsprechendes innerstädtisches Busangebot gehört, damit man relativ leicht zum Bahnhof gelangt und ebenso gehört dazu ein Parkplatzangebot für PKW's und Fahrräder im Bereich des Bahnhofs. Das Parkplatzangebot für PKW's ist offensichtlich nicht ausreichend. Dabei hinkt allerdings der ewige Vergleich mit den Zuständen in der Landeshauptstadt Linz. Dort gibt es nämlich gleich drei Straßenbahnlinien, die zu Stoßzeiten im Drei-Minuten-Takt verkehren.

Zwischenruf StR. Strassl: Und bei uns, Herr Kollege Springer, können sie mit dem Bus hinfahren!

GR. Mag. Springer: Fahren sie jemals mit dem Bus hin zum Bahnhof? Ich glaube nicht! Abgesehen davon ist das auch schon der nächste Punkt für den starken Bedarf an Parkplätzen. Es ist nämlich die Busanbindung in Wels an den Bahnhof als sehr unterdurchschnittlich gut anzusehen, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Es gibt keine Verknotung der Buslinien am Bahnhof bzw. fährt nur die Hälfte direkt auf den Bahnhofsvorplatz, ein anderer Teil fährt im Norden in der Neustadt vorbei und noch eine andere Linie geht überhaupt einen halben Kilometer weg am Bahnhof vorbei. Wie sie wissen, haben wir schon vor einiger Zeit eine Verknotung der Buslinien am Bahnhof vorgeschlagen, die zumindest teilweise Abhilfe schaffen würde. Damit wäre dann von allen acht Haupt-Endpunkten des Linienverkehrs eine direkte Busverbindung zum Bahnhof gegeben. Außerdem wäre noch eine Ausweitung der Betriebszeiten nötig, denn ab 18.30 Uhr haben wir bekanntlich den 30-Minuten-Takt, der ja auch nicht mehr unbedingt benutzerfreundlich ist. Und um 20.25 Uhr ist es mit dem Linienverkehr in Wels überhaupt vorbei.

Zurückkommend auf den Parkplatzbedarf meine ich, dass, solange wir keine entsprechende Anbindung an den öffentlichen Linienverkehr haben – von einer benutzerfreundlichen öffentlichen Verkehrsanbindung sind wir ja wirklich sehr, sehr weit weg – es sicher so ist, dass wir genügend Parkplätze brauchen. Natürlich ist es ein Versäumnis .....

Hören sie bitte jetzt einmal auf, mir dauernd dreinzuschimpfen!

Bgm. Dr. Koits: Macht euch nicht gegenseitig das Leben schwer! Lassen sie doch den Kollegen Springer reden, Herr Kollege Strassl!

GR. Mag. Springer: Wie gesagt, solange diese öffentliche Verkehrsanbindung nicht wesentlich besser ist, brauchen wir ganz offensichtlich mehr PKW-Parkplätze. Es ist

halt nachträglich als vertane Chance zu werten, dass das seinerzeit in Zusammenhang mit dem Neubau des Hauptbahnhofs nicht erledigt wurde. Ich würde sagen, dass das relativ unverzeihlich ist, aber damit müssen wir uns jetzt abfinden bzw. können wir nicht immer nur darauf hinweisen, dass die ÖBB nicht zahlen, denn für die Stadt ist das jetzt egal. Natürlich sind die ÖBB für solch ein Parkhaus zuständig, denn schließlich handelt es sich um die Kunden der ÖBB, aber nur deswegen, weil die ÖBB in dieser Frage versagen, ist das für die Stadt Wels kein Grund, sich nur abzuputzen und einfach untätig zu bleiben.

Es gäbe ja auch noch diese abgespeckte Variante. Ich habe vor einiger Zeit vorgeschlagen, diese Parkfläche im Norden, soweit das überhaupt möglich ist, nur mit einer Fläche oder Decke zu überbauen, also nur mit einem Obergeschoß. Man hätte also mit einem Schlag eine zweite Parkebene und es müsste diese auch nicht überdacht werden. Es ist sicher nicht nötig, so ein richtiges Luxusparkhaus hinzubauen.

Wie auch immer, es wäre wieder einmal die ÖBB zu kontaktieren. Hier möchte ich den Herrn Bürgermeister bitten, nach mehreren Jahren des Versäumnisses, wie es zuerst dargestellt wurde, wieder einmal eine Offensive zu unternehmen und zu schauen, ob nicht zumindest eine Teilfinanzierung möglich erschiene. Vielleicht wäre es möglich, dass die ÖBB zumindest ein Drittel von einer abgespeckten Version zahlen.

Jetzt komme ich aber zum Ende meiner Ausführungen und dieses besteht darin, dass ich ihnen vorschlage, diese Angelegenheit an den zuständigen Ausschuss zu verweisen, um dort über den Umfang der Beteiligung der Stadt zu beraten, über die Größe dieses Parkhauses oder Parkdecks etc.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Springer auf Zuweisung gst. Angelegenheit an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird bei

7 Ja-Stimmen (FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 26 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Reindl-Schwaighofer ist bei der Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Springer nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Ing. Matzinger: Also, diese Schuldzuweisung von seinerzeit mag zwar gut in Hinblick auf die Aufpöppelung des Erinnerungsvermögens des einen oder anderen sein, in der Sache selbst bringt uns diese aber nicht weiter. Ich glaube, es ist doch für jeden relativ klar, dass es einen erhöhten Parkdruck im Bereich des Bahnhofes gibt, speziell auf der Neustädter Seite im Norden. Es dürfte auch jeder wissen, dass diese Pendlerparkplätze im Norden bis zum Gehtnichtmehr ausgelastet sind und somit der Parkdruck derart stark ist, dass bis hinein in die umliegenden Straßen geparkt wird, das heißt, der Parkdruck vom Bahnhof trifft sich fast mit dem Parkdruck, der vom Krankenhaus herrührt. Das ist ein Faktum!

Ich bin nicht ganz der Meinung des Kollegen Strassl, der hier Linz mit Wels vergleicht. Dabei geht es nicht nur darum, dass man in Linz mit drei verschiedenen Straßenbahnlinien zum Bahnhof kommt, während das in Wels mit den innerstädtischen Linienbussen nicht ganz so leicht ist, sondern es ist zu beachten, dass das Hinterland von Linz ein anderes ist wie das von Wels. Das heißt also, dass nach Wels sehr viele aus Umlandgemeinden kommen, die mit Bussen teils sehr schlecht erschlossen sind und deshalb kommen die Pendler eher mit den eigenen Fahrzeugen nach Wels, wo sie dann allerdings einen Abstellplatz benötigen. Ich nehme wohl an, dass wir uns bei dieser Betrachtung sicher irgendwo in der Mitte einen können.

Weiters muss ich sagen, dass seinerzeit das Parkhausprojekt in Zusammenhang mit dem Umbau des Welser Hauptbahnhofes nicht so sehr daran gescheitert ist, dass man nicht zu einer Drittelaufteilung zwischen Stadt Wels, Land Oberösterreich und ÖBB finden hätte können, wobei sicher auch die Frage der Grundstücksbewertung eine Rolle spielte, sondern es ging vielmehr darum, wer eigentlich die Folgekosten übernehmen würde. Und soweit ich mich erinnern kann, hat sich die Stadt Wels massiv geweigert, die Folgekosten zu übernehmen. So weit, so gut oder auch schlecht.

Interessant ist an dieser Stelle – hier plaudere ich ein wenig aus der Schule – dass es doch einige Bahnhöfe speziell in Niederösterreich gibt, wo die Uhren ein bisschen anders gehen dürften, beispielsweise in Mödling oder Baden, und wo es durchaus Partnerschaften zwischen dem Land, den jeweiligen Gemeinden und den ÖBB gibt, das heißt, man hat immer eine Lösung gefunden. Jetzt weiß ich nicht, wie für Wels diese Dinge genau liefen, denn schließlich war ich ja bei diesen Verhandlungen nicht dabei. Aber möglicherweise ist die Sache daran gescheitert, dass der Kollege Wimmer oder der Kollege Ganzert, welcher damals noch Finanzreferent war, mit denen von den ÖBB einfach nicht konnte. Ich weiß das nicht konkret, aber in Bezug auf andere Gemeinden funktioniert das mit der Übernahme der Kosten für die Reinigung etc. im Wesentlichen. Dort gibt es diese Parkhäuser und es werden diese sozusagen in Maße von den Gemeinden betreut, das heißt, es werden von diesen auch Betriebskosten übernommen.

Ich bitte sie also, Herr Bürgermeister, noch einmal einen Anlauf in dieser Sache zu nehmen und zu schauen, wie es denn andere Gemeinden machen oder wie diese eine Lösung finden. Wir brauchen solch eine Lösung genauso für Wels. Wir sind es hier in Wels nicht etwa den ÖBB schuldig, sondern im Wesentlichen zwei Gruppen von Bürgern. Beim einen Teil handelt es sich um jene, die mit dem Auto zum Bahnhof fahren müssen, weil sie von den Busverbindungen her nicht so bedient werden, wie sie sich das wünschen würden und ebenso handelt es sich um Leute aus den Umlandgemeinden, die ja in Wels auch Kunden sind und ebenfalls mit dem Auto hereinfahren müssen, weil ihre Busverbindungen teilweise sehr schlecht sind. Andererseits schulden wir das den Bewohnern der Umgebung des Bahnhofs im Norden der Stadt, die unter dem Parkdruck, der in die Wohngebiete hineingeht, massiv leiden.

Somit ist dort eine Lösung des Parkproblems dringend notwendig. Die seinerzeitigen Zusagen in Zusammenhang mit der Errichtung der Bahnhofcity und dem damit verbundenen Wegfall an öffentlichen Parkplätzen wurden ja in keinster Weise eingehalten, das heißt, es gibt keine wie immer geartete Vergünstigung für Pendler in der neu errichteten privaten Tiefgarage. Wir haben jetzt an dieser Stelle Parkplatztarife die zum Teil höher als in Wien sind. Fährt man beispielsweise nach Wien hinein, so kann man in Hütteldorf das Auto für drei Euro den ganzen Tag über abstellen. Kauft man sich auch noch eine



Tageskarte für den öffentlichen Verkehr um 3,40 Euro, so hat man in Wien das ganze Thema Parken und Herumfahren um etwas über 6 Euro am Tag erledigt. Man kommt von 6 Uhr früh bis etwa 21.00 Uhr – da wird es dann doch etwas dünner – mit ausgezeichnet funktionierenden Verkehrsmitteln nahezu an jeden Ort der Stadt.

Ich meine also, dass es sehr wohl Lösungen und Partnerschaften in der Richtung gibt, dass man den Bürgern oder Autofahrern den Umstieg auf das öffentliche Verkehrsmittel sehr wohl erleichtern kann. Und in Wels, in der Energiehauptstadt und Umwelthauptstadt, sollten wir uns ebenfalls dazu bekennen, dass öffentliche Verkehrsmittel benützt werden, das heißt, wir haben die Dinge so anzubieten, dass es mit dieser Nutzung tatsächlich funktioniert bzw. dass die öffentlichen Verkehrsmittel wirklich angenommen werden.

GR. Dr. Rabl: Ich möchte ganz kurz eine Richtigstellung zur Wortmeldung des Herrn Strassl abgeben.

Festzuhalten ist einmal, dass die ÖBB für die Errichtung eines Parkhauses zuständig sind und nicht beispielsweise eine Frau Ministerin Forstinger. Ich weiß, dass bei den damaligen Festlegungen schon Herr Huber Vorstandsdirektor bei den ÖBB war, also kein prononcierter FPÖler, sondern ein ÖVPLer. Es wundert mich also diese Kritik, weil an den Schalthebeln ÖVPLer und nicht FPÖler gesessen sind.

Man muss auch festhalten, dass in Wels die ÖVP zusammen mit der FPÖ dafür stimmte, und zwar trotz massivster freiheitlicher Kritik an dieser Vorgangsweise und trotz einer Bürgerinitiative, die das verhindern sollte, die öffentlichen Pendlerparkplätze im Süden zu verkaufen.

Also, da wird schon ein bisschen Realitätsverweigerung betrieben, was ich aber verstehen kann. Macht man einen Fehler, so möchte man diesen nicht immer wieder auf dem Tablett haben. Andererseits, wenn sich sonst nichts Positives tut, ist ja gerade der Gemeinderat das geeignete Gremium dafür, solche Dinge immer wieder in Erinnerung zu rufen. Jedenfalls stellt es für mich eine glatte Realitätsverweigerung dar, mit dem Hinweis auf ohnehin bestehende 360 oder 380 Parkplätze den Parkdruck in der Neustadt zu leugnen. Vielleicht wäre es doch einmal ganz geschickt, würde die ÖVP mit ihren zuständigen eigenen Leuten darüber sprechen, was man diesbezüglich in Wels machen kann.

GR. Anreitter: Also, dass wir einen Handlungsbedarf sehen, das hat der Kollege Springer schon deutlich gemacht. Einer Zuweisung dieses Antrages an einen Ausschuss, wo man ja gewisse Details abklären hätte können, wurde leider nicht zugestimmt.

Wir können nun diesem Dringlichkeitsantrag deshalb nicht zustimmen, weil für uns vor allem ein Hinweis darauf fehlt, dass mit den ÖBB nochmals verhandelt werden soll. Wir hielten zwar insgesamt diese Angelegenheit für wichtig, werden uns aber aus den angeführten Gründen bei der Abstimmung über den Sachantrag der Stimme enthalten.

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte aus zuerst gegebenem Anlass, Herr Dr. Rabl, klarstellen, dass ich künftig keine Wortmeldungen mehr notieren werde, die aus den Zuschauerreihen oder von sonstwo herkommen. Der Platz eines Gemeinderates ist jener an seinem zugewiesenen Tisch und nicht in den Zuschauerreihen. Sitzt jemand dort, wird

man nicht unbedingt etwas dagegen machen können, aber andererseits wird es keine Zulassung einer Wortmeldung mehr geben.

Vzbgm. Hochhauser: Nach der sehr engagierten Wortmeldung des Kollegen Rabl darf ich doch noch ein paar sachliche Anmerkungen zur Debatte machen.

Es wurde vom Kollegen Strassl auf die geschichtliche Entwicklung dieses Parkhausprojektes, das letztlich nicht umgesetzt wurde, hingewiesen und dieser Erklärung ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Wir hätten sehr wohl unseren finanziellen Beitrag zur Errichtung des Parkhauses geleistet, aber die ÖBB als diejenigen, die schließlich von solch einem Haus am meisten profitiert hätten, weil es ja für deren Kunden gebaut worden wäre, haben sich letztlich von diesem Projekt absentiert. Man kann doch jetzt die Dinge nicht ins Gegenteil verkehren! Das sind doch die Kunden der ÖBB, die mit ihren Autos zum Bahnhof fahren und dann auf die Züge umsteigen. Und so kann und soll man die ÖBB nicht aus ihrer Verpflichtung herausnehmen. Möglichkeiten für die Errichtung eines Parkhauses gibt es auch jetzt noch.

Der Herr Bürgermeister hat mir verraten, dass wir es nach den vielen parteipolitischen Fehlschlägen der Vergangenheit nun mit der neuen Verkehrsministerin Bures versuchen. Vielleicht gelingt es doch noch, die neue Ministerin zu überzeugen und ein Überdenken dieser Frage herbeizuführen.

Das alles neben etlichen anderen offenen Fragen, welche ebenfalls die ÖBB betreffen, beispielsweise hinsichtlich des Halts diverser Züge in Wels.

Persönlich habe ich mich auf diese Sache nicht so intensiv vorbereitet, muss aber sagen, dass ich mir einen bestimmten Gedanken eigentlich vom Kollegen Springer erwartet hätte, nämlich den in Bezug auf die Radabstellplätze, die wir geschaffen haben und für die sich, wenn ich mich zurückerinnere, auch die GRÜNEN einsetzten. Nunmehr, in einigen Wochen, werden wir die Überdachung dieser Radabstellplätze durchführen. Noch vor dem Sommer sollte diese Überdachung – es sind eigentlich drei Überdachungen vorgesehen – fertig sein und somit werden wir auch für die Radfahrer eine sehr wichtige Verbesserung erreichen.

Nachdem es zuerst auch um die Busanbindung des Hauptbahnhofes ging, möchte ich sagen, dass wir, Herr Bürgermeister, vielleicht doch die Frage überdenken sollten, ob wir nicht die Linie Puchberg – die Haltestelle wurde seinerzeit unter verschiedensten Aspekten aufgelassen – wieder in diese Nahverkehrsfunktion einbinden sollten. Vielleicht gelingt es mit dieser Maßnahme, etwas Abhilfe zu schaffen.

Was wir als Stadt noch tun können, das ist die Durchführung einer Prüfung dahingehend, ob wir nicht in der verlängerten Gärtnerstraße noch zusätzlich Flächen finden könnten, um unter geringem Aufwand weitere Parkplätze bereitstellen zu können.

Hinsichtlich des Parkdrucks in der Neustadt ist noch zu erwähnen, dass auch eine sehr große Firma, die neben dem Klinikum ansässig ist – das Klinikum selbst war ja sehr engagiert für die eigenen Mitarbeiter und für die Klientel tätig, indem es Parkplätze in Form des neuen Parkhauses bereitstellte – im Zuge weiterer Baumaßnahmen plant, Tiefgaragenplätze zu errichten, womit ebenfalls eine Verbesserung des Parkdrucks in der Neustadt zu erwarten ist.

Alles in allem danke ich mir, dass es verschiedene Punkte gibt – wir sind uns ja ebenfalls der Gesamtsituation bewusst – mit deren Hilfe versucht werden soll, die Situation für die Pendler und insgesamt für die Neustadt zu verbessern. Somit werden wir von der Sozialdemokratischen Fraktion diesen Dringlichkeitsantrag auf Errichtung eines Parkhauses natürlich ablehnen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) wird bei

4 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
25 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Hüttmayr-Punkenhofer und GR. Wiesinger sind bei o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend Entwicklung von Finanzierungsmodellen zur Verdoppelung der Altbau-Sanierungsrate im Wohnungsbereich

und

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend thermische Sanierung von Wohnungen und Häusern bzw. Entwicklung eines Förderprogramms

sowie

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Erarbeitung eines Förderungsmodells zur Unterstützung der thermischen Gebäudesanierung von Privathäusern:

Bgm. Dr. Koits: Wir wissen, dass die jetzt noch ausstehenden Dringlichkeitsanträge, welche sich alle auf die thermische Sanierung von Gebäuden beziehen, sehr inhalts-gleich sind, was wir schon am Beginn der Sitzung im Rahmen der Begründung der Dringlichkeit der Anträge feststellen mussten. Deshalb behandeln wir jetzt diese drei Anträge in der Debatte gemeinsam – das habe ich schon angekündigt und es hat sich niemand dagegen ausgesprochen – führen dann aber eine getrennte Abstimmung hierüber durch.

GR. Mag. Springer: Wir haben jetzt fast einen Allparteiantrag vor uns liegen, allerdings doch mit kleinen Unterschieden. So steht beispielsweise in einem der Anträge

etwas von der Förderung der Privathäuser, nur meine ich, dass das nicht ausreichend ist.

Was wir in Bezug auf die Althausanierung brauchen, ist nicht mehr und nicht weniger wie ein Masterplan, um den kompletten Häuserbestand, vor allem den mehrgeschoßigen Wohnbau in den nächsten Jahren auf eine Sanierungsrate von 3 bis 5 % zu bekommen. Ich habe keine aktuellen Zahlen von Wels, weiß aber von Oberösterreich, dass in Oberösterreich die Sanierungsrate derzeit nur 1 % beträgt. Bei einem Prozent pro Jahr bedeutete dies, dass es 100 Jahre dauerte, bis der Gesamtbestand saniert wäre. Solch ein Zeitraum ist leider zu lang. Auf Initiative der GRÜNEN im Landtag wird im Moment ein Konzept in Hinblick auf eine Verdoppelung vorbereitet, also in Richtung Sanierungsrate in Höhe von 2 %, was einer Gesamtdauer von 50 Jahren entspräche, wobei das noch immer zu lang erschiene. Das mittelfristige Ziel geht also in Richtung 5 %, wobei es natürlich so ist, dass in den letzten Jahren schon sehr viele Gebäude sozusagen am neuesten Stand der Technik errichtet oder auch saniert wurden. Wie auch immer, Ziel müsste es insgesamt sein, dass in längstens 20 bis 30 Jahren unser kompletter Gebäudebestand energietechnisch optimiert ist und damit könnte sicher die Hälfte des Energieaufwandes eingespart werden. Das müsste sich machen lassen, denn es gibt andererseits Gebäude, wo sich nach erfolgter Sanierung sogar 90 % des bisherigen Energieaufwandes einsparen ließen. Wenn ich also von 20 bis 30 Jahren spreche, dann bedeutet dies, dass jährlich zwischen 3,3 und 5 % des Bestandes saniert werden müssten. Wahrscheinlich stellen die 5 Prozent das Optimum dar und man muss sich diesbezüglich vorstellen, dass das insgesamt sehr schwierig bewerkstelligbar erscheint, denn das wäre auch für die benötigten Firmen kaum zu bewältigen. Das hieße ja im Klartext, dass jedes 20. Haus pro Jahr saniert würde und das ist schon ganz enorm viel an Arbeit etc.

Ich gehe davon aus, dass unser im November beschlossenes Projekt in Bezug auf die „EnergieStadt“ Wels diese Sanierungsoffensive vorsehen wird. Bis es aber so weit ist, sollten wir vielleicht gleich einmal das jetzige Sanierungstempo erhöhen. Dabei zielt der Antrag der GRÜNEN besonders auf die Finanzierung ab. Wie vor kurzem einem Medienbericht zu entnehmen war, ist es für die Welser Heimstätte ein Problem, Kredite zu bekommen, wobei ich jetzt nicht weiß, ob sich das auch auf die Sanierung bezieht oder nur auf den Neubau. Jedenfalls meine ich aber, dass es daran im Endeffekt nicht scheitern sollte. Natürlich werden einmal Darlehen vorgestreckt, aber im Endeffekt profitieren doch erwiesenermaßen alle davon.

Unser Antrag sieht vor, dass der Magistrat damit beauftragt wird, Finanzierungsmodelle zu entwickeln, damit die Altbausanierungsrate vorerst zumindest einmal verdoppelt werden kann. Und so wie es aufgrund der Vorgespräche aussieht, wird heute all diesen Anträgen zugestimmt. Es freut mich sehr, dass damit einer wirklich langjährigen Forderung der GRÜNEN nachgekommen wird.

GR. Ing. Matzinger: Nachdem diese drei Anträge dem Sinn nach den gleichen Zweck erfüllen, möchte ich anführen, dass wir genau dieses Thema in der Richtung zu betrachten versuchen, dass hoffentlich der Energie-Preis sehr wohl niedrig bleibt. Natürlich bedeutet ein niedriger Energiepreis, dass dadurch die Amortisationszeit länger wird – dieses Spannungsfeld besteht ja laufend – auf der anderen Seite scheint es unbedingt notwendig zu sein, mit den vorhandenen Ressourcen möglichst sparsam umzugehen.

Dieses Projekt hat eigentlich nur dann einen Sinn, wenn wir versuchen, dieses möglichst rasch anzugehen. Daher bitte ich sie, Herr Bürgermeister und alle, die in den zuständigen Ausschüssen arbeiten und vielleicht gewisse Dinge in Auftrag geben, möglichst schnell zu handeln, denn die bevorstehenden Wahlen sollten nicht womöglich dazu führen, dass dieses Thema in irgendeiner Schublade verkommt und man wartet, bis die Wahlen vorbei sind, damit dann im neuen Gemeinderat das ganze Prozedere von vorne beginnt. Wir sollten es uns, Herr Bürgermeister, gemeinsam zum Ziel machen, dass wir dieses Thema in einer vernünftigen Lösung noch vor den Sommerferien und damit vor den Wahlen zu einem Abschluss bringen können. Darum bitte ich, denn nur dann hätte das einen Sinn.

Auch wenn jetzt nur von drei Parteien diesbezügliche Anträge gekommen sind, bin ich davon überzeugt, dass die SPÖ-Fraktion in dasselbe Horn bläst und wir damit der Energiehauptstadt Wels gerecht werden können bzw. damit diesem Namen alle Ehre machen.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, nachdem es ja auch schon Wortmeldungen in Zusammenhang mit der Begründung der Dringlichkeit der Anträge gegeben hat. Ich orte somit Übereinstimmung bei diesem Thema, wobei ich das sicher auch für die gerade angesprochene SPÖ-Fraktion sagen darf. Selbstverständlich ist der gesamte Gemeinderat daran interessiert, dass dieses Thema nicht über die Wahlen, die heuer im Herbst stattfinden, hinausgeschoben wird. Es wird somit vernünftigerweise schon in nächster Zeit die ersten Umsetzungsschritte geben.

Die Abstimmungen zu den drei Dringlichkeitsanträgen, die separat durchgeführt werden, bringen folgende Ergebnisse:

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der GRÜNE-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 5) der FPÖ-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 6) der ÖVP-Fraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung bzw. unserer Sitzung angelangt. Ich glaube, es ist heute gelungen, sehr viel zu erledigen. Ich danke für die Diskussionsbeiträge und schließe die Sitzung.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: